

Eigenbetriebsbericht der Freien Hansestadt Bremen

2004

Staatliches Handeln nach betriebs-
wirtschaftlichen Grundsätzen



Herausgeber:

**Der Senator für Finanzen
- Ref. 21 -
Rudolf - Hilferding - Platz 1
28195 Bremen**

Ansprechpartner:

**Ralf Gerth
Telefon: 0421/ 361 4135
e-mail: ralf.gerth@finanzen.bremen.de
Internet: www.bremen.de/finanzsenator**

Druck:

Druckerei Senator für Finanzen

Dieser Bericht ist auch als CD erhältlich

Bremen, im Februar 2006

Bericht über die Eigenbetriebe und Museumsstiftungen 2004

Inhalt

	Seite
0. Vorwort	5
1. Einleitung	
1.1 Allgemeines	6
1.2 Eigenbetriebe	6
1.3 Museumsstiftungen	7
1.4 Neugründungen / Veräußerungen	7
1.5 Graphische Darstellung	8
2. Eigenbetriebe und Stiftungen	
2.1 Inhaltsverzeichnis	9
2.2 Personal der Betriebe und Stiftungen	10
2.3 Zuschüsse aus dem Haushalt	10
2.4 Einzeldarstellungen	11
3. Alphabetischer Index	85





Vorwort

Vor Ihnen liegt der fünfte Bericht über die Eigenbetriebe nach § 26 der Landeshaushaltsordnung sowie die Museumsstiftungen als Stiftungen öffentlichen Rechts. Er vermittelt einen zeitnahen Überblick über diese Einrichtungen. Er bietet für die Jahre 2000 bis 2004 eine Darstellung über die Entwicklung dieser Einrichtungen und stellt die aus dem Haushalt ausgegliederten Teile der bremischen Verwaltung transparent dar. Die Eigenbetriebe und Museumsstiftungen arbeiten zwar wirtschaftlich weitgehend selbstständig, sind jedoch nach wie vor Teile der öffentlichen Verwaltung ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Trotz ihrer eingeschränkten rechtlichen Selbstständigkeit haben sie beachtenswerte Ergebnisse vorzuweisen. Die finanzpolitische und gesellschaftliche Bedeutung kommt in diesem Bericht angemessen zum Ausdruck.

Die Beteiligungsgesellschaften der Freien Hansestadt Bremen werden in einem eigenen Bericht dargestellt.

Wesentliche Aufgabenbereiche einer modernen Verwaltung können nicht nur von Unternehmen in privater Rechtsform, sondern auch von Eigenbetrieben und Stiftungen flexibel und effizient erbracht werden. Während das kaufmännische Rechnungswesen in der öffentlichen Verwaltung erst nach und nach eingeführt wird, ist dies in den nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführten Betrieben und Stiftungen selbstverständlich.

Die Rechtsform der Stiftung bietet zudem engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit, sich in die Gestaltung ihres Umfeldes aktiv einzubringen und sich dadurch mit ihrer Stadt zu identifizieren. Gerade die Freie Hansestadt Bremen kann auf eine lange Tradition des Einsatzes ihrer Bürgerinnen und Bürger in Stiftungen zurückblicken.

Die Freie Hansestadt Bremen verfügte zum 31. Dezember 2004 über 12 Eigenbetriebe und zwei öffentlich - rechtliche Stiftungen.



Dr. Ulrich Nußbaum
Senator für Finanzen

1.1. Allgemeines

Die Modernisierung der Verwaltung, verbunden mit einem Wandel des Verständnisses über die Aufgaben einer Verwaltung, haben in Bremen und im gesamten Bundesgebiet zu einer Neuorientierung der Verwaltungen geführt. Die Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen wurde nach den Prinzipien des Neuen Steuerungsmodells, einem von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) entwickelten Reformmodell, umgebaut. Die Umsetzung des Neuen Steuerungsmodells in Bremen beinhaltet eine umfassende Verwaltungsreform mit dem Ziel, wirtschaftliches und zielorientiertes Handeln der Verwaltung zu verbessern. Zentrales Element des Neuen Steuerungsmodells ist die flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung sowie die dezentrale Haushaltssteuerung nach klar definierten Leistungsanforderungen. Dabei wurden originäre staatliche Tätigkeiten einschließlich Steuerungsaufgaben von den operativen dezentralen Leistungseinheiten getrennt bzw. sind noch zu trennen. Für die dezentrale Aufgabenerfüllung ist je nach Anforderung des Einzelfalles die optimale Rechts- und Organisationsform zu finden. Hierbei erweisen sich herkömmliche Verwaltungsstrukturen oftmals als unzureichend; ein anderer rechtlicher und organisatorischer Rahmen führt zu mehr Kostentransparenz, Effizienz und Flexibilität.

Die Zunahme der Anzahl der Eigenbetriebe und Stiftungen und der Anspruch Bremens, das Handeln der öffentlichen Hand nach klar definierten Leistungsanforderungen auszurichten, hat neue Anforderungen an die Verwaltung gestellt. Bremen hat ein zentrales Beteiligungsmanagement erarbeitet, das auch auf die Eigenbetriebe und die Stiftungen übertragen worden ist. Wesentliche Elemente des neuen Managements sind die Steuerung anhand von Zielvorgaben, ein flächendeckendes Controlling und ein nach Adressaten ausdifferenziertes Berichtswesen.

Die Steuerung der Eigenbetriebe erfolgt auf 3 Ebenen:

1. Bürgerschaft (incl. Haushalts- und Finanzausschuss) und Senat werden durch ein zentrales Eigenbetriebscontrolling unterstützt.
2. Die Fach-, Rechts- und Ressourcenverantwortung der Eigenbetriebe liegt beim zuständigen Senatsressort (Fachressort). Im Fachressort sind eigene Organisationseinheiten für das Eigenbetriebscontrolling zuständig.
3. In den Eigenbetrieben sind eigene Controllingeinheiten eingeführt worden, die Geschäftsführung hat dem Betriebsausschuss regelmäßig zu berichten.



1.2. Eigenbetriebe

Neben Kapitalgesellschaften eignen sich Eigenbetriebe zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Eigenbetriebe sind Einrichtungen, die wirtschaftlich, aber nicht rechtlich selbständig sind. Ein wesentlicher Vorteil der Eigenbetriebe ist Kostentransparenz durch die kaufmännische Buchführung. Da die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in allen Bereichen der bremischen Verwaltung der Anstrengungen eines mehrjährigen Reformprozesses bedarf, nehmen die Eigenbetriebe auf diesem Wege Vorbildfunktion ein und haben Pilotcharakter.

In Bremen bestehen Ende des Jahres 2004 12 Eigenbetriebe nach § 26 Abs. 2 LHO.

Eigenbetriebe werden durch Orts- oder Landesgesetze errichtet. Eine vergleichbare Aufgabenstellung wie die der Aufsichtsräte von Gesellschaften obliegt den Betriebsausschüssen. Die Anzahl ihrer Mitglieder wird durch das betreffende Orts- oder Landesgesetz bestimmt. Dem Betriebsausschuss gehören weiterhin zwei Vertreter der Bediensteten an, von denen einer nicht Bediensteter des Betriebes sein darf. Die Mitglieder werden vom Parlament bzw. vom Personal des Betriebes gewählt. Regelmäßig kommen die Mitglieder des Betriebsausschusses somit aus den Reihen der Abgeordneten, den Vorsitz führt in der Regel das fachlich zuständige Mitglied des Senats.

1.3. Museumsstiftungen

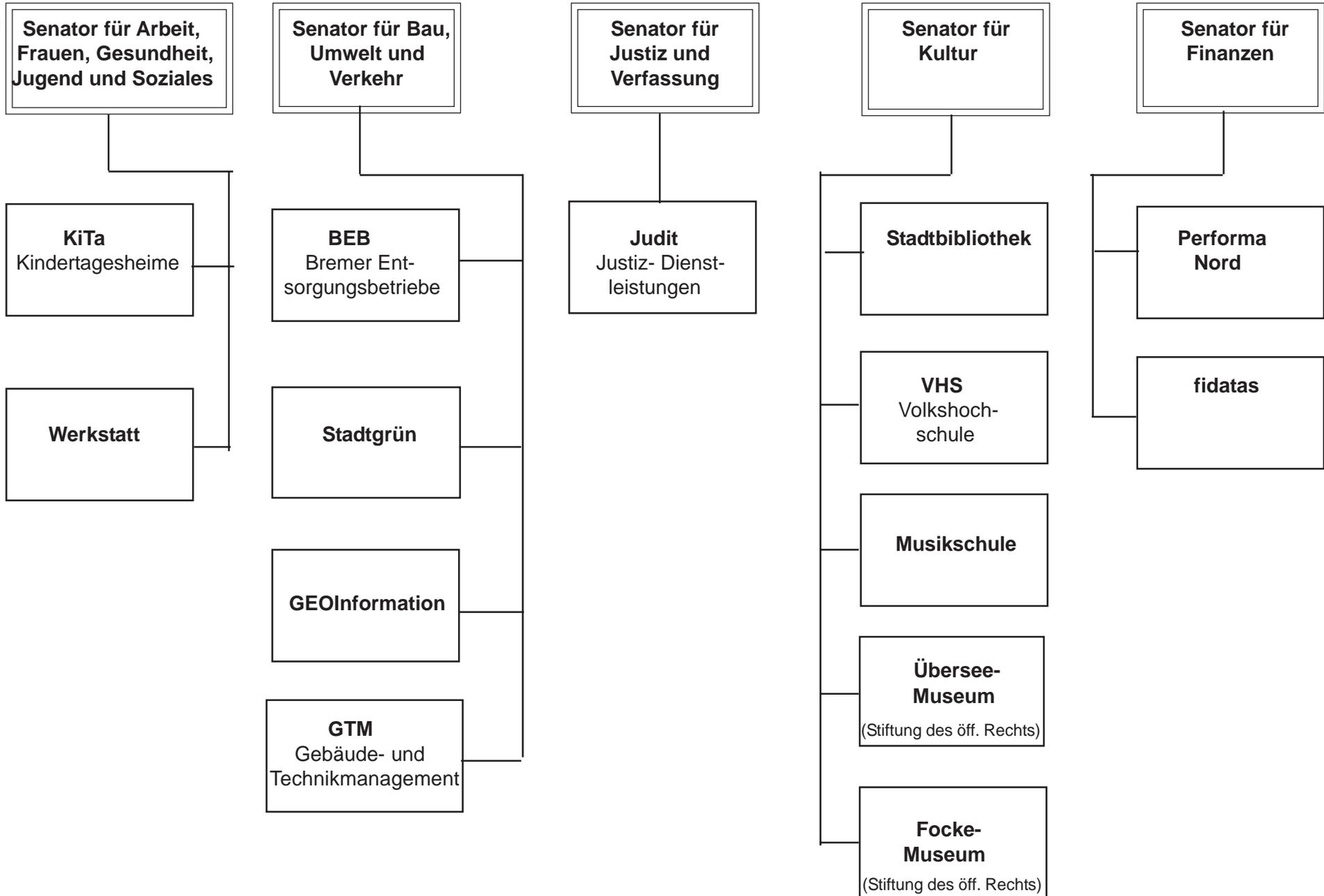
Die zwei Landesmuseen sind durch das Gesetz zur Errichtung von Museumsstiftungen als rechtsfähige Stiftungen des öffentlichen Rechts errichtet worden. Den Stiftungen stehen jeweils ein Stiftungsrat, bestehend aus fünf Personen, und der Vorstand vor. Die Aufgaben der Stiftungsräte vereinen die Aufgaben eines Aufsichtsrates und Gesellschafters. Nach der Satzung sind für die Wirtschaftsführung die Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes entsprechend anzuwenden.

1.4. Veränderungen 2004

Zum 01. August 2004 sind die städtischen Kindertagesheime zu dem neuen Eigenbetrieb „KiTa“ zusammengefasst worden.

Aus dem Bericht ausgeschieden sind der Bremer Baubetrieb und der Eigenbetrieb „Baudienstleistungen Bremen“; beide Eigenbetriebe wurden aufgelöst und das Personal und das Anlagevermögen auf mehrere Einrichtungen aufgeteilt. Ferner wurden die vier kommunalen Krankenhausbetriebe zum 01. Januar 2004 in gemeinnützige Gesellschaften umgegründet.

1.5 Organigramm



Eigenbetriebe und Museumsstiftungen

2.1 Inhaltsverzeichnis

	Seite
Personal und Zuschüsse	10
Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales	
- KiTa Bremen	12
- Werkstatt Bremen	18
Senator für Bau, Umwelt und Verkehr	
- Bremer Entsorgungsbetriebe (BEB)	26
- Stadtgrün Bremen	31
- GeoInformation Bremen	36
- Gebäude- und TechnikManagement Bremen (GTM)	41
Senator für Justiz und Verfassung	
- Justizdienstleistungen Bremen (Judit)	46
Senator für Kultur	
- Stadtbibliothek Bremen	49
- Volkshochschule Bremen (VHS)	54
- Musikschule Bremen	59
- Stiftung Übersee - Museum	64
- Stiftung Fock - Museum	69
Senator für Finanzen	
- Performa Nord	75
- fidatas Bremen	80

2.2 Personal der Eigenbetriebe und Stiftungen (Beschäftigungsvolumen)					
Eigenbetrieb / Stiftung	2000	2001	2002	2003	2004
KiTa Bremen	_*	_*	_*	_*	953
Werkstatt Bremen	1.874	1.822	1.887	1.907	1.945
Bremer Entsorgungsbetriebe	93	95	97	100	97
Stadtgrün Bremen	400	397	357	334	325
GeoInformation Bremen	144	139	140	147	148
Gebäude- TechnikManagement Bremen	_**	_**	220	275	74
Justiz- Dienstleistungen Bremen	171	148	143	119	110
Stadtbibliothek Bremen	128	128	128	133	136
Volkshochschule Bremen	50	55	54	54	52
Musikschule Bremen	42	41	37	34	34
Stiftung Übersee- Museum	47	42	43	37	37
Stiftung Focke- Museum	22	22	22	23	25
Performa Nord	227	225	243	237	229
fidatas Bremen	_***	92	91	95	99
Summe	3.198	3.206	3.462	3.495	4.264

2.3 Zuschüsse aus dem Haushalt (ohne Leistungsentgelte) (Angaben in T€)					
Eigenbetrieb / Stiftung	2000	2001	2002	2003	2004
KiTa Bremen	_*	_*	_*	_*	21.244
Werkstatt Bremen	0	0	0	0	0
Bremer Entsorgungsbetriebe	0	0	0	0	0
Stadtgrün Bremen	0	0	0	0	0
GeoInformation Bremen	0	0	0	0	0
Gebäude- TechnikManagement Bremen	_**	_**	0	0	0
Justiz- Dienstleistungen Bremen	0	0	0	0	0
Stadtbibliothek Bremen	8.474	8.763	8.989	8.622	8.469
Volkshochschule Bremen	3.283	3.423	3.381	3.479	3.513
Musikschule Bremen	1.681	1.604	1.617	1.717	1.696
Stiftung Übersee- Museum	3.042	4.370	3.400	3.453	3.418
Stiftung Focke- Museum	1.448	1.572	1.580	1.866	1.677
Performa Nord	0	0	0	0	0
fidatas Bremen	_***	0	0	0	0
Summe	17.928	19.732	18.967	19.137	40.017

*= der Eigenbetrieb wurde erst zum 01.08.2004 gegründet

**= der Eigenbetrieb wurde erst zum 01.01.2002 gegründet

***= der Eigenbetrieb wurde erst zum 01.01.2001 gegründet

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

- KiTa Bremen
- Werkstatt Bremen



KiTa Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Leistungen in Tageseinrichtungen auf der Grundlage des Bremischen Gesetzes zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege.

Sitz des Eigenbetriebes:

Faulenstr. 14 - 18, 28195 Bremen

Stammkapital:

50.000 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen

100,00%

Geschäftsführer:

Frau Rosi Fein



Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2004)

Frau Senatorin Karin Röpke
Herr Jens Crueger
Frau Karin Kauert
Herr Rainer Müller
Herr Karl-Uwe Oppermann
Herr Frank Pietrzok
Herr Jürgen Schmidt
Frau Sandra Speckert
Frau Edith Wangenheim

Ressort:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
-	-	-	-	21.244 T€

Beschäftigte (Volumen):

-	-	-	-	953,1
---	---	---	---	-------

Der Eigenbetrieb wurde zum 01. August 2004 gegründet.

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	Der Eigenbetrieb wurde zum				1.062
Umlaufvermögen	01. August 2004 gegründet.				6.844
Sonstige Aktiva					288
RAP					0
Bilanzsumme	0	0	0	0	8.194

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital					1.263
Sonderposten					61
Rückstellungen					4.836
Verbindlichkeiten					2.034
Sonstige Passiva					0
RAP					0
Bilanzsumme	0	0	0	0	8.194



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	Der Eigenbetrieb wurde zum 01. August 2004 gegründet.				2.344
2 ertragswirksame Zuschüsse					21.458
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen					0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen					3
5 sonstige betriebliche Erträge					1.008
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	0	0	0	0	24.813
6 Material					789
7 bezogene Leistungen					14
8 Personalaufwand					19.779
9 Abschreibungen					152
10 sonstiger betrieblicher Aufwand					4.111
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	0	0	0	0	24.845
III Betriebsergebnis (I-II)	0	0	0	0	-32
11 Beteiligungsergebnis					0
12 Zinsergebnis					0
IV Finanzergebnis (11+12)	0	0	0	0	0
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	0	0	0	0	-32
13 ausserordentliches Ergebnis					0
14 Steuern					0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	0	0	0	0	-32

Historie

Die erste Bremer Kindertagesstätte nach dem Kriege konnte in städtischer Regie 1950 mit der Tagesbetreuung beginnen. Zwei Einrichtungen waren 1950 bereits im Bau, weitere folgten. So war es bis Mitte der 70er Jahre gute Tradition, in Bremen mit größeren Bauvorhaben das städtische Tagesbetreuungsangebot immer weiter auszubauen. Auch inhaltlich war die Arbeit in den – später so genannten – städtischen Kindertagesheimen (KTH) fortlaufend von größeren Projekten geprägt: Modellversuche, Konzeptionsentwicklungen und Offensiven für eine bedarfsgerechte Personalausstattung gab es seit den 60er Jahren bis heute zu Themen wie:

- Schuleingangsphase
- Vorschulische Erziehung
- Förderung und Integration benachteiligter Kinder in soziokulturell benachteiligten Wohngebieten
- Integration behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder



- Pädagogische Arbeit mit ausländischen Kindern (Migrationsarbeit)
- Altersgemischte Gruppen, zur Aufhebung der Alterstrennung in Kleinkind- Aufbau- und Vermittlungsgruppen
- Hortarbeit und enge konzeptionelle, personelle und räumliche Verknüpfung von Hort und Schule
- In eigenen Küchen erstellte kindgerechte und ernährungsphysiologisch ausgewogene Mittagskost, als auf Dauer eingerichtete Kooperation mit dem Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin, (BIPS) als Bestandteil des pädagogischen Alltags.

Organisatorisch erhielten die städtischen Kindertagesheime im Rahmen der sich seit Ende der siebziger Jahre kontinuierlich weiterentwickelnden Neuorganisation der Sozialen Dienste ihren Ort als wesentlicher Bestandteil der kleinräumigen Jugendhilfe im Amt für Soziale Dienste.

Mit der Herauslösung aus dem Amt für Soziale Dienste und der Gründung des Eigenbetriebes KiTa Bremen zum 1. August 2004 wird u.a. das Ziel verfolgt, die Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der städtischen Einrichtungen zu stärken.

Im neu gegründeten Eigenbetrieb wurde die ursprüngliche und im Bundesgebiet verbreitete Bezeichnung „Kindertagesstätte (Kita)“ wieder aufgenommen und außerdem 12 Spielhäuser in den Eigenbetrieb integriert, die bis dahin als offene Angebote im Stadtteil den jeweiligen Sozialzentren zugeordnet waren.



Geschäftsverlauf 2004

Der Berichtszeitraum umfasst das Rumpfgeschäftsjahr vom 1.8.2004 bis zum 31.12.2004. Da es sich um die erstmalige Berichterstattung handelt, sind Vergleiche mit Vorjahren nicht möglich.

Im Berichtszeitraum wurden in 73 Kindertagesstätten insgesamt 8.686 Plätze angeboten. Davon entfielen 30 Plätze auf unter 3 jährige Kinder und 5.951 Plätze auf Kinder im Alter vom dritten Lebensjahr bis zur Einschulung sowie 2.705 Plätze auf Schulkinder. KiTa Bremen stellt einen Großteil der Betreuung in der Verlässlichen Grundschule sicher und ist mit seinem Personal in die bestehenden Ganztagsgrundschul-Standorte integriert. 800 behinderte bzw. von Behinderung bedrohte Kinder erhielten in den Kindertagesstätten von KiTa Bremen integrierte Hilfe und Förderung.

An 31 Standorten wurden außerdem für Kinder mit soziokultureller Benachteiligung zusätzliche Fachkräfte zur differenzierenden Förderung (Differenzierungskräfte) eingesetzt. An 5 Standorten wurden verschiedene offene Angebote und an weiteren 5 Standorten Betreuungsprojekte für Schulkinder durchgeführt und an einem Standort ein eingeschränktes Hortangebot ohne Mittagessen. Darüber hinaus wurden in 12 Spielhäusern offene Angebote für Kinder aller Altersgruppen sowie Gesprächs- und Beratungsangebote für Mütter angeboten. Weiterhin wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Projekte im Rahmen sogenannter PISA Maßnahmen z.B. zur Sprachförderung und Sprachstandserhebung, zu den Themen Natur und Technik, zur Bewegungsförderung in Kooperation mit Bremer Sportvereinen und zum Übergang vom Kindergarten zur Schule durchgeführt. KiTa Bremen beteiligt sich an der Qualifizierungs- und Beschäftigungsoffensive (pro KiTa). Nicht qualifizierte Arbeitslose werden zu Sozialassistent(inn)en bzw. Kinderpflegerinnen und arbeitslose Erzieherinnen für die aktuellen Anforderungen in der Tagesbetreuung qualifiziert. Darüber kann KiTa Bremen für die weitere notwendige Qualifizierung der eigenen Fachkräfte in gewissem Umfang Vertretung bereitstellen.

KiTa Bremen war gemeinsam mit dem BIPS Initiator der Aktion „Fit Kids“, die in Kooperation mit freien Trägern, der Unfallkasse Bremen und dem Bremer Fußballverband das Ziel verfolgte, bei Kindergarten- und Hort-Kindern die Lust auf gesundes Essen und mehr Bewegung zu wecken.

Die Schwerpunkte im administrativen Bereich waren die organisatorische Herauslösung der Mitarbeiter/innen von KiTa Bremen aus dem Amt für Soziale Dienste und der Aufbau des Betriebes. Hier ist es gelungen, in kurzer Zeit die Zusammenführung der Zentrale in einem innerstädtischen Standort vorzunehmen, ein eigenständiges IT-Konzept zu entwickeln und umzusetzen und die technischen und personellen Voraussetzungen für die Umstellung auf die kaufmännische Buchführung zu schaffen.

Die Umsatzerlöse betragen im Rumpfgeschäftsjahr 2.344 T€. Davon entfielen 2.286 T€ auf Elternbeiträge und 58 T€ auf sonstige Umsatzerlöse. Der Zuschuss des Amtes für Soziale Dienste betrug 21.458 T€. Die Liquidität war jederzeit gesichert. Das negatives Jahresergebnis von –32 T€ ist auf die Wertberichtigung uneinbringlicher Forderungen (Elternbeiträge) aus der Zeit vor der Betriebsgründung zurückzuführen.

Bei KiTa Bremen waren durchschnittlich 1.408 Stellen besetzt. 66 Berufspraktikant/innen im pädagogischen Bereich und 41 Auszubildende in der Hauswirtschaft wurden ausgebildet.





Ausblick

Die fachlichen Anforderungen im Bereich Bildung, Erziehung und Betreuung in der neuen Betriebsform Eigenbetrieb KiTa Bremen, erfordern die kritische Analyse von bestehenden Arbeitsabläufen und eine Anpassung der internen Strukturen an neue Aufgaben. Aufbauend auf der unter breiter Beteiligung von Beschäftigten und Eltern entwickelten Fachkonzeption der städtischen Kita wird die Lern- und Entwicklungsperspektive des Bremischen Rahmenplans für Bildung und Erziehung im Elementarbereich umgesetzt. Dazu wird der Eigenbetrieb zwischen 2005 und 2008 unter besonderer Berücksichtigung von finanziellen Rahmenbedingungen und der Kundeninteressen, Inhalte und Schwerpunkte der pädagogischen Prozesse systematisch im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprozesses erarbeiten. Die Prozessplanung beinhaltet eine Startphase von Oktober bis Dezember 2005, eine Entwicklungsphase in 2006 und eine Umsetzungsphase in 2007/2008. Die Ergebnisse dieses Prozesses werden dokumentiert und bilden die Handlungsbasis für die Zukunft von KiTa Bremen.

In 2005 wird der in 2004 eingeschlagene Konsolidierungskurs und die Anpassung der Kapazitäten an die demografische Entwicklung fortgeführt. Im Rahmen der Weiterentwicklung der Ganztagschulen werden zum Beginn des Kindergartenjahres 2005/2006 485 Hortplätze abgebaut und das dazugehörige Personal zum Senator für Bildung und Wissenschaft verlagert.

Aus der Vielzahl der Tätigkeitsbereiche und deren unterschiedlichen Finanzierungsformen (Umsatzerlöse, Zuschüsse, Leistungsentgelte) ergeben sich jeweils spezifische Risiken. Das Hauptrisiko in 2005 besteht im Bereich der Personalkosten, da die dem Wirtschaftsplan zugrundegelegten Haushaltsanschlüsse von einem Wegfall bzw. der Reduzierung von Sonderzahlungen (Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld) ausgehen und zwischen den Tarifparteien keine Einigung erzielt werden konnte.

Ab dem Geschäftsjahr 2006 soll die Finanzierung von KiTa Bremen auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen mit dem Amt für Soziale Dienste und auf der Basis einer für alle Träger der Tagesbetreuung gültigen Pauschale erfolgen.



Werkstatt Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Der Eigenbetrieb nimmt auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen folgende Aufgaben wahr:

1. den Betrieb der anerkannten Werkstatt für behinderte Menschen (Martinshof),
2. den Betrieb mehrerer Wohnheime für Schwerbehinderte, die im Martinshof beschäftigt sind oder waren,
3. ambulante Wohnangebote für Schwerbehinderte, die im Martinshof beschäftigt sind oder waren und
4. die Durchführung von Sonderprogrammen des Senats, Modellprojekten des Bundes, des Landes oder der Kommune.

Sitz des Eigenbetriebes:

Hoffmannstr. 11, 28201 Bremen

Stammkapital:

39.062.700 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Wilfried Hautop



Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2004)

Frau Senatorin Karin Röpke, Vorsitzende
 Herr Staatsrat Dr. Arnold Knigge
 Frau Ursula Arnold-Cramer
 Herr Karl Uwe Oppermann
 Herr Klaus Peters
 Herr Frank Pietrzok
 Herr Uwe Schmid
 Frau Silvia Schön
 Frau Edith Wangenheim
 Herr Werner Westerholt

Ressort:

Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

1.874	1.822	1.887	1.907	1.945
-------	-------	-------	-------	-------

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	46.179	46.150	46.002	45.205	44.232
Umlaufvermögen	13.192	10.880	11.159	13.086	16.262
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	46	52	51	17	28
Bilanzsumme	59.417	57.082	57.211	58.307	60.521

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	44.977	44.922	45.846	46.314	47.346
Sonderposten	4.271	4.942	4.739	5.162	5.011
Rückstellungen	2.747	1.674	1.737	1.876	2.383
Verbindlichkeiten	7.417	5.543	4.889	4.856	5.642
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	5	0	0	100	139
Bilanzsumme	59.417	57.082	57.211	58.307	60.521

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	21.972	22.654	23.406	24.735	25.719
2 ertragswirksame Zuschüsse	554	416	216	336	340
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	3	28	34	52	8
5 sonstige betriebliche Erträge	35.460	22.883	9.426	9.635	9.721
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	57.988	45.981	33.082	34.757	35.788
6 Material	1.572	1.410	1.327	1.344	1.309
7 bezogene Leistungen	185	0	0	0	0
8 Personalaufwand	25.537	24.058	23.740	25.168	25.589
9 Abschreibungen	2.295	2.373	2.320	2.187	1.944
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	28.115	17.540	5.053	5.557	5.914
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	57.704	45.381	32.441	34.256	34.756
III Betriebsergebnis (I-II)	284	599	641	501	1.032
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	152	120	61	27	83
IV Finanzergebnis (11+12)	152	120	61	27	83
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	437	720	702	528	1.115
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	14	17	16	25	23
VI Jahresergebnis (V+13-14)	423	703	686	504	1.092

Historie

Werkstatt Bremen ist ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen. Bereits 1923, vor mehr als 80 Jahren, gründeten seinerzeit das Arbeitsamt und Fürsorgeamt erstmalig in der Neustadt/Buntentor die gemeinnützigen „Werkstätten für Erwerbsbeschränkte“. Heute gehört Werkstatt Bremen zum Bereich des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und verbindet Erfahrung in der Gestaltung von Arbeitsangeboten mit einer zeitgerechten Betriebsorganisation und mit einer nachgewiesenen hohen Qualität für alle Kundengruppen. Mit dem Schwerpunkt der beruflichen Rehabilitation ist der Martinshof als Werkstatt für behinderte Menschen die bekannteste und größte Einheit des Betriebes.

Seit der Gründung des Martinshofes im Jahre 1953 haben sich neben der besonderen Qualität auf den Gebieten der Rehabilitation und Produktion umfassende Erfahrungen in der Arbeitsgestaltung und in einer Mitwirkung der Menschen mit Behinderungen gebildet. Vorteile eines großen Betriebes verbinden sich mit dezentralen und integrationsfördernden Angeboten in der Stadt und im benachbarten Landkreis Osterholz/Niedersachsen. Im Mittelpunkt stehen die individuelle Hilfestellung und Unterstützung für die Menschen mit Behinderungen.



Darüber hinaus ergänzen Angebote im Bereich Fördergruppe, Förderlehrgang, Integrationsabteilung sowie im Bereich Wohnen das Leistungsspektrum.

Bei Werkstatt Bremen sind etwa 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Verlauf des Berichtsjahrs 2004

Die Werkstatt Bremen hat für das Geschäftsjahr 2004 ein positives Jahresergebnis in Höhe von 1.092,2 T€ ausgewiesen. Dies resultiert im Wesentlichen aus aufgrund höherer Belegungszahlen im Berufsbildungsbereich, deren Finanzierung insbesondere über die Bundesagentur für Arbeit erfolgt, und deutlich geringer aus Kostensätzen sowie Arbeitserlösen der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM).

Im Berufsbildungsbereich der WfbM haben durchschnittlich 166 (2003: 130,5) behinderte Menschen im Rahmen der Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben teilgenommen.

Im Arbeitsbereich des Martinshofes fanden im Durchschnitt rund 1.481 (2003: 1.459,3) behinderte Menschen Beschäftigung.

Bei den Bediensteten waren im Jahresdurchschnitt 304 Stellen besetzt, davon entfallen auf Auszubildende 4, auf Praktikanten 3, auf Zivildienstleistende 34 Stellen und auf das Freiwillige Soziale Jahr 5 Stellen.

Der Betrieb des Martinshofes unterwirft sich auch in seiner Gesamtheit (Produktion und Rehabilitation) einem Qualitätsmanagementsystem gem. DIN EN ISO 9001:2000, dass mit Prüfung im April 2005 um ein Umweltschutzsystem ISO 14001:2004 erweitert wurde.



Überreichung der Zertifizierungs-urkunden für Qualitäts- und Umweltmanagementsystem vor der Portalwaschanlage, wo der Martinshof die Fahrzeugpflege für die Polizei Bremen durchführt.

Daraus erfolgte in Anerkennung des freiwilligen Umweltengagements die Aufnahme in „partnerschaft umwelt unternehmen“, einem freiwilligen Zusammenschluss von Unternehmen der bremischen Wirtschaft und dem Land Bremen. Die „partnerschaft umwelt unternehmen“ zeichnet sich aus durch eine

neue, von partnerschaftlicher Umgangsweise geprägten Qualität der Zusammenarbeit zwischen bremischer Wirtschaft und Verwaltung unter aktiver Einbeziehung der Wissenschaft.

Die umweltaktiven und innovativen Unternehmen stehen im Mittelpunkt. Ihr überdurchschnittliches Engagement wird ausgezeichnet. Die Motivation und der Einsatz für ein freiwilliges umweltgerechtes Verhalten wird angeregt und umfassend gefördert.

Durch die Gründung der Gesellschaft „Werkstatt Nord gGmbH“ soll ermöglicht werden, auch außerhalb des bremischen Stadtgebietes Angebote vorzuhalten und Zielgruppen in Niedersachsen ortsnahe Angebote zu unterbreiten. Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erfolgte im Jahr 2004.

Ausblick

Die Entwicklung der Werkstatt für behinderte Menschen wird geprägt durch kontinuierlich steigende Belegungszahlen. Auf Basis der Bestands- und Bedarfserhebung Werkstätten für behinderten Menschen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung wurde ein Anstieg der Werkstattbeschäftigten von ca. 222.550 in 2002 auf 254.160 in 2010 prognostiziert. Erst ab dem Jahr 2011 wird auf der Grundlage der Bedarfserhebung mit einem leichten Rückgang der Werkstattbeschäftigten gerechnet. Bezogen auf Werkstatt Bremen würde dies einen Zuwachs von derzeit 1.481 auf ca. 1.640 Beschäftigte im Arbeitsbereich der WfbM bis zum Jahre 2010 bedeuten. Dieses entspricht einem jährlichen Nettozugang von ca. 25 Personen. Werkstatt Bremen hat alternative Handlungsmöglichkeiten z.B. durch „In-Jobs“ oder Seniorenbetreuung an der Werkstatt aufgezeigt. Des weiteren sollen auch behinderte Menschen mit erhöhtem Hilfebedarf, die bisher in Tagesförderstätten betreut wurden, in der Werkstatt aufgenommen und gefördert werden.

Um diesen zusätzlichen Bedarf an Werkstattplätzen zu erfüllen, werden verstärkt Kooperationen mit anderen Leistungserbringern in der sozialen Arbeit eingegangen. Dies gilt für eine engere Verbindung der Werkstatt zu den Tagesstätten. Für den Landkreis Osterholz in Niedersachsen ist geplant, Außenstellen und Außenarbeitsgruppen in Niedersachsen einzurichten, um den Platzbedarf ortsnahe zu gewährleisten.



Produktionshalle für Fertigung für DaimlerChrysler AG



Die Zusammenarbeit mit der DaimlerChrysler AG gestaltet sich auch weiterhin positiv und eröffnet unter den Bedingungen einer auf Kunden angepassten Logistik und Materialsteuerung vorbehaltlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung neue Umsatzmöglichkeiten.

Das Konzept der Wohnformen ist insgesamt zu überdenken. Aufgrund der geringen Platzzahlen mit weiteren eher statischen Untergliederungen ist hier eine kritische Größe gegeben, die z.B. bei personellen Vertretungen und Gebäudeinvestitionen eine wirtschaftliche Handhabung beeinträchtigt. Zur Optimierung dürfte in Zukunft eine verstärkte verbindliche Kooperation / Vernetzung mit anderen Anbietern erforderlich werden.

Risiken entstehen durch die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bei gleichzeitiger Umsteuerung von Sach- zu Geldleistungen ist mit einem erheblichen Rückgang des Umsatzes mit Sozialhilfebedarfen zu rechnen. Die Betriebsleitung hat Die Betriebsleitung hat bereits durch Akquisition neuer Aufträge begonnen, einen Teil des Umsatzrückganges sowie der Beschäftigungsmöglichkeiten zu kompensieren.

Des Weiteren ist bei der Entwicklung der Kostensätze aufgrund der finanziellen Situation der überörtlichen Träger der Sozialhilfe mit erheblichen Risiken zu rechnen. Eine Absenkung der Kostensätze würde sich nachhaltig auf die Betreuungsqualität und damit auf die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe behinderter Menschen am Leben in der Gesellschaft auswirken.





Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

- **Bremer Entsorgungsbetriebe (BEB)**
- **Stadtgrün Bremen**
- **GeoInformation Bremen**
- **Gebäude- und Technikkmanagement Bremen (GTM)**



Bremer Entsorgungsbetriebe

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Abfallentsorgung
Abwasserbeseitigung

Sitz des Eigenbetriebes:

Schiffbauerweg 22, 28237 Bremen

Stammkapital:

25.000.000 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführerin:

Frau Insa Nanninga



Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2004)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)

Frau Gisela Schwarz

Herr Frank Imhoff

Frau Birgit Busch

Herr Dr. Joachim Schuster

Herr Dieter Focke

Frau Dr. Karin Mathes

Frau Sigrid Leidereiter

Herr Dr. Jens Rösler

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

93	95	97	100	97
----	----	----	-----	----

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	522.863	505.985	492.746	466.995	454.313
Umlaufvermögen	633.391	627.952	278.526	249.607	228.691
Sonstige Aktiva	12	17	532	997	1.349
RAP	4	2	2	2	2
Bilanzsumme	1.156.271	1.133.955	771.806	717.602	684.355

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	457.299	458.133	120.382	105.834	107.714
Sonderposten	160.203	156.321	151.237	146.428	141.961
Rückstellungen	64.700	69.352	72.952	72.585	73.650
Verbindlichkeiten	235.466	220.069	205.676	179.683	156.511
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	238.603	230.081	221.559	213.072	204.519
Bilanzsumme	1.156.271	1.133.955	771.806	717.602	684.355

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	155.958	155.137	156.399	154.161	143.484
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	1.494	2.074	1.862	1.493	2.099
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	157.452	157.211	158.261	155.654	145.583
6 Material	203	290	322	244	276
7 bezogene Leistungen	145.620	145.593	145.633	145.087	138.733
8 Personalaufwand	4.947	5.024	6.054	5.804	5.322
9 Abschreibungen	-449	-519	-542	-693	-1.006
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	3.938	4.138	4.932	4.611	4.263
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	154.260	154.527	156.399	155.053	147.588
III Betriebsergebnis (I-II)	3.193	2.684	1.862	601	-2.005
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	52	612	796	621	528
IV Finanzergebnis (11+12)	52	612	796	621	528
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	3.244	3.295	2.658	1.222	-1.477
13 ausserordentliches Ergebnis	-2.874	-2.337	-1.645	365	3.431
14 Steuern	2	125	214	35	75
VI Jahresergebnis (V+13-14)	368	834	799	1.552	1.879

Historie

Die Bremer Entsorgungsbetriebe (BEB) sind 1992 als Eigenbetrieb aus dem damaligen Amt für Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft gebildet worden. Aufgaben waren die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung und die Stadtentwässerung für die Stadtgemeinde Bremen. Zum 1. Juli 1998 wurde ein Großteil der operativen Aufgaben sowie der Entsorgungsanlagen im Abfallbereich in mehrere Kapitalgesellschaften eingebracht und veräußert. Zum 1. Januar 1999 wurden sämtliche operative Aufgaben der Stadtentwässerung ebenfalls in eine Kapitalgesellschaft eingebracht und veräußert. Die Stadtgemeinde Bremen hält an dieser Kapitalgesellschaft, der hanseWasser Bremen GmbH, noch einen Anteil von 25,1%. Im Abfallbereich werden keine Beteiligungen mehr gehalten.

Nach der Privatisierung der operativen Aufgaben sind die BEB weiterhin öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger und Träger der Abwasserbeseitigungspflicht und betreiben die nicht veräußerte Blocklanddeponie. Sie nehmen damit die nach der Privatisierung der Entsorgungsdienstleistungen verbliebenen kommunalen gesetzlich vorgegebenen Aufgaben wahr. In dieser Funktion halten, überwachen und steuern sie die mit den privaten Gesellschaften geschlossenen Verträge, sind verantwortlich für die Erhebung der Abfallgebühren sowie die Information und Beratung in Abfallfragen.



Geschäftsverlauf 2004

Die Regelaufgaben Abfallentsorgung und Stadtentwässerung wurden ordnungsgemäß erfüllt. Insgesamt wurde ein Jahresüberschuss von 1,8 Millionen € erzielt.

Die BEB sind seit dem 1.1.2004 nicht mehr operativer Vertragspartner der Firma DSD AG für die Entsorgung gebrauchter Verkaufsverpackungen. Die von den BEB in der Funktion als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger mit der DSD AG neu geschlossene Abstimmungsvereinbarung über die Entsorgung von gebrauchten Verkaufsverpackungen konnte trotz des Wegfalls des Entsorgungsauftrages Erlöse für die BEB sichern. Zusätzlich haben die BEB mit mehreren Bremer Entsorgungsunternehmen einen Konsortialvertrag im Bereich der Altpapierentsorgung geschlossen, der zu zusätzlichen Erlösen führt.

Im Geschäftsjahr wurde weiterhin erfolgreich mit der Umstellung der Papierentsorgung aus privaten Haushalten auf die Papiertonne begonnen.

Für die Erweiterungsfläche der Blocklanddeponie konnte eine Genehmigung für einen unbefristeten Weiterbetrieb entsprechend der Deponieklasse III bis zum Ende der Verfüllkapazität erlangt werden. Damit ist für die nächsten Jahre ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb der Blocklanddeponie möglich.



Abfallverdichter auf der Blocklanddeponie

Ausblick

Die Kosten- und Erlössituation im Bereich Abfallwirtschaft hat sich in den letzten Jahren insgesamt positiv entwickelt. Damit sind für die Benutzung der Deponie und des Müllheizwerkes in den nächsten Jahren stabile Gebühren zu erwarten. Diese Gebühren sind zuletzt 2004 gesenkt worden. Die Abfallgebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung werden aufgrund von Kosteneinsparungen durch das Programm Abfallwirtschaft 2004 und die weitere Stabilisierung der Erlössituation voraussichtlich in den Jahren 2006 und 2007 gesenkt werden. Hier waren zuletzt 1996 die Gebühren erhöht worden.

Die Kostensituation im Bereich der Stadtentwässerung wird sich, bedingt durch eine Preisindexabhängigkeit der zu zahlenden Entgelte an die hanseWasser Bremen GmbH, verschlechtern.

Darum ist für das Jahr 2008 mit einer Gebührenerhöhung zu rechnen. Die Abwassergebühr ist zuletzt im Jahre 2004 erhöht worden.





Stadtgrün Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Planung, Unterhalt und Weiterentwicklung öffentlicher Grünflächen in Bremen, Betrieb von Friedhöfen

Sitz des Eigenbetriebes:

Hollerallee 85, 28209 Bremen

Stammkapital:

17.895.216 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Ralf Höfter

Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2004)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)

Frau Karin Kauertz

Herr Dr. Joachim Schuster

Frau Dr. Karin Mathes

Frau Ingrid Reichert

Herr Dieter Focke

Herr Frank Imhoff

Herr Bernhard Esters

Herr Lutz Kokemüller

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

	2000	2001	2002	2003	2004
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

	2000	2001	2002	2003	2004
	400	397	357	334	325

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	21.120	21.154	21.167	20.818	20.702
Umlaufvermögen	11.162	10.700	10.064	11.101	11.708
Sonstige Aktiva	105	0	0	58	47
RAP	11	3	0	0	29
Bilanzsumme	32.399	31.857	31.231	31.977	32.486

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	21.413	21.821	22.287	22.458	22.499
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	1.960	2.423	2.762	3.355	4.200
Verbindlichkeiten	9.025	7.613	6.025	6.164	5.787
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	1	0	157	0	0
Bilanzsumme	32.399	31.857	31.231	31.977	32.486



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	30.162	32.364	32.561	29.942	26.837
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-32	-1.930	3	-3	163
5 sonstige betriebliche Erträge	1.123	723	1.174	1.492	602
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	31.253	31.158	33.738	31.431	27.602
6 Material	1.637	1.713	1.905	1.787	1.638
7 bezogene Leistungen	7.868	8.001	9.136	7.660	5.486
8 Personalaufwand	16.164	15.625	15.290	15.520	14.562
9 Abschreibungen	1.344	1.386	1.412	1.473	1.388
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	3.484	3.655	5.095	4.374	4.019
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	30.498	30.379	32.838	30.814	27.093
III Betriebsergebnis (I-II)	755	779	900	617	509
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-799	-350	-399	-418	-453
IV Finanzergebnis (11+12)	-799	-350	-399	-418	-453
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-44	429	501	199	56
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	22	20	35	28	15
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-66	409	466	171	41

Historie

Stadtgrün Bremen ist seit dem 01.01.1998 ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen. Zu den Aufgaben des Eigenbetriebes zählen die Planung, der Bau und die Pflege von Grün- und Freianlagen sowie Friedhofsflächen.

Die in der Betreuung durch Stadtgrün Bremen liegenden Bremischen Grünflächen umfassen derzeit ein Areal von insgesamt 1.600 Hektar. Mit Behörden, Ämtern und Dienststellen schließt der Eigenbetrieb Leistungsvereinbarungen und Einzelverträge ab, in denen festgelegt wird, wo, wie und zu welchem Preis der Eigenbetrieb die Planung und Pflege der Anlagen durchführt. Das Leistungsspektrum von Stadtgrün Bremen umfasst dabei neben der fachkompetenten Ausführung von gärtnerischen Arbeiten auch konzeptionelle Beratungsleistungen. Hierunter fallen die Bereitstellung von Grünflächeninformationen, die Erstellung von Entwicklungsplänen sowie die Maßnahmenplanung und -koordination.

Als Teil der Stadtgemeinde Bremen ist der Eigenbetrieb aufgefordert, die Sanierungsbemühungen des Landes Bremen zu unterstützen und einen Beitrag zu leisten. Der Betrieb steht damit vor der

Herausforderung, die ihm zugeordneten Aufgaben weiterhin auf hohem fachlichem Niveau bei gleichzeitig sinkenden Budgets zu erbringen.



Den Rahmen, in den sich Stadtgrün Bremen zur Bewältigung dieser Aufgabenstellung einfügt, bildet ein Wettbewerbsmodell, das darauf angelegt ist, die Leistungen und Kosten des Eigenbetriebs mit denen privater Anbieter zu vergleichen. Die Stadtgemeinde Bremen bedient sich hierfür einer Steuerungseinheit, die in begrenztem Maße die Pflege von Flächen an Privatunternehmen vergibt und die Kontrolle der Leistungserfüllung übernimmt. Die Steuerungseinheit stellt ihre Ergebnisse Stadtgrün Bremen zur Verfügung, so dass der Eigenbetrieb wichtige Hinweise erhält, in welchen Aufgabenfeldern seine Leistungen und Kosten bereits dem Marktniveau entsprechen oder in welchen Aufgabenfeldern eine Nachsteuerung erforderlich wird.

Das Benchmarking und die Notwendigkeit, bei sich verringernden Budgets über Leistungsanpassungen entscheiden zu müssen, setzen voraus, dass die zu erbringenden Leistungen umfänglich beschrieben sind. Die Grünflächenunterhaltung erfolgt nach 6 Pflegeklassen, d.h. jede Anlage ist einer Pflegeklasse zugeordnet. Für jede Pflegeklasse sind die notwendigen Arbeiten und die Pflegehäufigkeiten festgelegt. Die einzelnen Arbeitsschritte sind in Musterleistungsverzeichnissen beschrieben. Für jede Klasse wird ein Budget bereitgestellt. Damit wird erkennbar, welche Auswirkungen Budget oder Flächenveränderungen haben.



Die Leistungsverzeichnisse und Einzelpreise basieren auf Erfahrungen der in 2003 und 2004

Die Aufgabenstellung zur Steigerung der Produktivität von Stadtgrün Bremen und die Herstellung einer größeren Transparenz über die zu erbringenden Leistungen stehen nicht im Widerspruch zur Kundennähe des Eigenbetriebes. Nutzer wie Kindertagesheime oder Schulen kommen weiterhin direkt auf den Betrieb zu. Für Bürger und Ortspolitiker ist Stadtgrün Bremen der Ansprechpartner für das Grün. Insbesondere durch die örtliche Präsenz und das Engagement der Pflegebezirke trägt der Betrieb dazu bei, eine bürgernahe und zufriedenstellende Pflege aufrechterhalten.

Die Aufgabenstellung Stadtgrün Bremens zur Erbringung eines Sanierungsbeitrages und zur Steigerung seiner Produktivität wurde im Jahre 2003 im Rahmen eines Kontraktes zwischen der Geschäftsführung und dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr konkretisiert. Dieser Kontrakt entspricht im Wesentlichen einem Standortsicherungsvertrag und sieht bis zum Jahr 2007 eine Steigerung der Produktivität um 20% vor. Gleichzeitig wurde eine Privatisierung des Betriebes für diesen Zeitraum ausgeschlossen.

Zur Hälfte der Laufzeit hat Stadtgrün Bremen die in diesem Zeitraum vorgegebenen Ziele erreicht.

Ausblick

Das durch den Kontrakt (s.o.) gesetzte, sehr anspruchsvolle Ziel einer 20%igen Produktivitätssteigerung setzt Stadtgrün Bremen mit dem Planungsinstrument des Kontinuierlichen Verbesserungsprozesses (KVP) um. Unter diesen Oberbegriff fallen alle vom Eigenbetrieb eingeleiteten produktivitätsverbessernden Maßnahmen. Neben Maßnahmen, die sich hierbei direkt auf die Erhöhung der Produktiv- und Anwesenheitsstunden auswirken (zum Beispiel durch Wegfall von bislang bezahlten Pausenzeiten sowie die Flexibilisierung der Arbeitszeiten), werden hierbei insbesondere Effizienzsteigerungspotenziale über eine Verbesserung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe erschlossen. Gegenstand der Prozessoptimierung sind die Logistik, ein verbesserter Einsatz von technischen Geräten und die Einführung von Teamarbeit in den Bezirken.



GeoInformation Bremen
Eigenbetrieb des Landes Bremen

Unternehmensgegenstand:

Schaffung, Unterhaltung und Sicherung eines einheitlichen geodätischen Bezugssystems der Landesvermessung (Geodatenbasis), Erhebung, Führung und Bereitstellung von raumbezogenen Basisdaten sowie deren Darstellung in den Landeskartenwerken, Führung des Liegenschaftskatasters, Durchführung von Liegenschafts-, Planungs- und Ingenieurvermessungen aller Art, Immobilienbewertung, Bodenordnungsmaßnahmen, Aufbau und Weiterentwicklung von digitalen geographischen Informationssystemen

Sitz des Eigenbetriebes:

in 2004: Wilhelm - Kaisen - Brücke 4, 28199 Bremen
in 2005: Lloystraße 4, 27217 Bremen

Stammkapital:

1.500.000 €

Anteilseigner / Anteile %:

Land Bremen 100 %

Geschäftsführer:

Herr Martin K. Fliege



Betriebsausschuss

(Stand 31.12.2004)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)

Frau Ingrid Reichert

Frau Karin Garling

Herr Frank Schildt

Herr Hans-Hinrich Blumenberg

Herr Dieter Focke

Herr Dirk Schmidtman

Herr Herbert Henke

Herr Lutz Kokemöller

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

144	139	140	147	148
-----	-----	-----	-----	-----

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	1.742	1.385	1.174	1.152	948
Umlaufvermögen	1.606	1.560	2.048	3.186	4.677
Sonstige Aktiva	0	0	0	777	1.357
RAP	0	0	7	11	117
Bilanzsumme	3.349	2.945	3.229	5.126	7.099

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	1.961	1.311	506	0	0
Sonderposten	81	67	55	42	29
Rückstellungen	434	813	1.556	2.254	2.627
Verbindlichkeiten	874	753	1.112	2.827	4.440
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	3	3
Bilanzsumme	3.349	2.945	3.229	5.126	7.099

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	9.377	8.862	9.186	10.467	9.900
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	109	-43	11	154	1.183
5 sonstige betriebliche Erträge	238	491	670	224	469
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	9.724	9.310	9.867	10.845	11.552
6 Material	52	34	41	38	28
7 bezogene Leistungen	620	601	757	1.653	1.691
8 Personalaufwand	7.609	7.798	8.362	8.781	8.393
9 Abschreibungen	553	527	509	432	422
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	896	993	992	1.243	1.578
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	9.729	9.953	10.661	12.147	12.112
III Betriebsergebnis (I-II)	-5	-643	-794	-1.302	-560
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-15	-3	-9	-12	-16
IV Finanzergebnis (11+12)	-15	-3	-9	-12	-16
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-20	-645	-803	-1.314	-576
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	3	4	3	4	4
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-23	-649	-806	-1.318	-580

Historie und Tätigkeitsfelder

Die Anfänge des öffentlichen Kataster- und Vermessungswesens der Freien Hansestadt Bremen reichen bis in das Jahr 1835 zurück. Zunächst auf die Erfassung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden sowie ihrer Darstellung in Karten begrenzt, haben sich die Aufgaben und die technischen Verfahren im Bereich Kataster und Vermessung in den vergangenen 170 Jahren stark erweitert. Heute ist GeoInformation Bremen als Eigenbetrieb des Landes Bremen die einzige Fachdienststelle in der Stadtgemeinde für die Bereiche Liegenschaftskataster, Vermessung, amtliche Kartenwerke, amtliche Baulandumlegung und Bewertung von Immobilien. Damit ist der Eigenbetrieb der Ansprechpartner für die Öffentliche Verwaltung, die Gerichte, die Wirtschaft und die Bürger.



Geschäftsverlauf des Jahres 2004

Das Kerngeschäft von GeoInformation Bremen wurde im Jahr 2004 in seinem Volumen durch die folgenden Faktoren wesentlich beeinflusst:

- Durch die Baukonjunktur und die Aktivität des Immobilienmarktes; diese sind nach wie vor verhalten, jedoch nicht mehr so stark zurückgehend wie in den vergangenen Jahren.
- Durch die Finanzsituation der Freien Hansestadt Bremen; diese führt gegenwärtig zu reduzierten Mitteln für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben durch GeoInformation Bremen.
- Durch die Nachfrage nach digitalen Geobasisdaten; diese konzentriert sich in erster Linie auf die Bereitstellung von Daten zur Lösung technischer oder organisatorischer Probleme des Kunden, entwickelt sich jedoch zunehmend zur Nachfrage nach vollständigen geographischen Informationssystemen (GIS). Für beide Bereiche hat der Betrieb in 2004 mehrere Angebote entwickelt, so z.B. die Produkte Bremen-Viewer, Liegenschaftsinformationssystem Sondervermögen (LISS) und 3D-Stadtmodell.

Das Betriebsergebnis weist seit dem Jahr 2000 Verluste aus. Ohne Umsteuerungsmaßnahmen und strukturelle Veränderungen der innerbetrieblichen Randbedingungen sind betriebliche Verluste auch zukünftig nicht zu vermeiden. Im Jahr 2003 wurden daher schwerpunktmäßig entsprechende strategische Maßnahmen zwischen dem Senator für Bau und Umwelt und der Betriebsleitung entwickelt. Wirtschaftliches Ziel dieser Strategie ist ein ausgeglichenes Ergebnis ab 2006.

Die wesentlichen Elemente dieser Strategie sind

- Effizienzsteigerung – in 2004 mit den Teilprojekten
 - o Auflösung der analogen hauseigenen Druckerei,
 - o Aufbau einer digitalen Reprographie,
 - o Einführung eines Automatisierten Geschäftsbuches
 - o Einführung der Fachlichen Weisung zur Führung des Punktnachweises;
- Erlössteigerung - in 2004 mit den Teilprojekten
 - o Erarbeitung einer Markt-/ Produkt-Matrix,
 - o Durchführung verschiedener Kundenworkshops,
 - o Projektstarts für die Entwicklung von geographischen Informationssystemen, z.B. eines 3D-Stadtmodells,
 - o Vermarktung von Orthophotos (hochauflösenden Luftbildern),
 - o Durchführung eines Pilotprojekts zur flächendeckenden Einmessung von Gebäuden;
-

Organisationsentwicklung - in 2004 mit den Teilprojekten

- o Erhebung des Qualifizierungsbedarfes für die Mitarbeiter,
- o Durchführung dieser Qualifizierungen für den Katasterbereich,
- o Begleitende Schulungen für die Maßnahmen der Effizienzsteigerung, insbesondere Einführung des Automatisierten Geschäftsbuches und des Punktnachweises,
- o Erarbeitung einer Empfehlung für eine gestraffte Organisationsstruktur.

Damit wurden im Berichtsjahr 2004 zahlreiche Einzelmaßnahmen innerhalb der drei strategischen Projekte umgesetzt. Für verschiedene weitere Maßnahmen wurden Vorarbeiten geleistet. Ihre Realisierung wird im Laufe der Jahre 2005 und 2006 erwartet. Besondere Bedeutung kommt hierbei dem Teilprojekt Mietkostenreduktion innerhalb der Effizienzsteigerung zu. Das Jahr 2004 war geprägt von den Vorbereitungen für die Zusammenlegung von fünf Betriebsstandorten an einen neuen Hauptsitz. Die Zusammenführung von insgesamt 160 Mitarbeitern im zukünftigen Dienstsitz an der Lloydstrasse 4 wird für Anfang 2005 erwartet. Neben der Reduzierung der Mietkosten und der Verbesserung der betriebsinternen Kommunikation strebt GeoInformation Bremen eine Konzentration der Dienstleistungen und eine Verbesserung des Angebots für die Bürger und Kunden an.



Ausblick

Mit dem Jahr 2004 liegt das erste Jahr der Umsetzung der strategischen Maßnahmen hinter GeoInformation Bremen. Es ist gelungen, bereits innerhalb dieses Jahres eine Verbesserung der Produktivität, eine Senkung der Kosten und eine Steigerung der Erlöse zu erzielen. Das Jahresergebnis 2004 zeigt messbare Erfolge in der Wirtschaftlichkeit.

Der Betrieb befindet sich nach wie vor in einer Umbruchsituation. Die weitere Ausrichtung des Betriebes auf IT-typische Geschäftsprozesse und Produkte fordert den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Engagement und Flexibilität ab. Erste Meilensteine wie die Nutzung von Rationalisierungseffekten infolge standardisierter Arbeitsabläufe sowie der Projektstart des 3D-Stadtmodells und das erstmalig online zur Verfügung stehende Datenangebot des Bremen-Viewers wurden in 2004 erreicht. Nun gilt es, die Potentiale der neugeschaffenen Instrumente nachhaltig wirtschaftlich nutzbar zu machen. Wohlwollen und gemeinsames Engagement sowohl bei den Kunden als auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von GeoInformation Bremen sind die wichtigste Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft.



Gebäude- und TechnikManagement Bremen
Eigenbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Der Eigenbetrieb hat die Aufgabe Dienstleistungen für die Stadtgemeinde und ihre verschiedenen Sondervermögen (SV) zu erbringen.

Der Betrieb arbeitet im Wesentlichen auf folgenden Geschäftsfeldern:

- Abwicklung von Baudienstleistungen aller Art für öff. Auftraggeber (Landes- und Bundesbau)
- Gebäudeserviceleistungen
- Gebäudebetriebs- und Wartungsdienste
- Abwicklungen von Ausschreibungen gem. VOB, VOL, VOF incl. europaweiter Verfahren (z. B. auch Strom- und Gaslieferverträge)
- Bereitstellung von bautechn.back-office-diensten (z. B. Baudokumentation)
- zentrale Beschaffung immobilienbezogener Verbrauchsgüter
- Durchführung von baufachlichen Zuwendungsprüfungen
- kaufm. Steuerung der SV Infrastruktur und SV Immobilien und Technik (Teilbereich Technik)
- Vermietung von mobilen Anlagegütern als Eigentümervertreter

Sitz des Eigenbetriebes:

Neuenstraße 16 - 20, 28195 Bremen

Stammkapital:

25.000 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Dipl.-Kfm. Falko Spieker





Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2004)

Herr Senator Jens Eckhoff (Vorsitz)

Herr Rolf Herderhorst

Frau Ulrike Hövelmann

Herr Hermann Kleen

Frau Uta Kummer

Frau Karin Krusche

Herr Helmut Pflugradt

Herr Harry Krüger

Herr Dieter Schüler

Ressort:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
 (ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
---	---	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

---	---	270	275	374
-----	-----	-----	-----	-----

Der Eigenbetrieb hat zum 1.1.2004 einen Großteil der Aufgaben und des Personals vom geschlossenen Bremer Baubetrieb übernommen.

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen		Gründung zum 1.1.02	349	336	408
Umlaufvermögen		Übernahme von	2.517	4.336	8.193
Sonstige Aktiva		Aufgaben und	0	0	0
RAP		Personal vom BBB	1	264	31
		zum 1.1.2004			
Bilanzsumme	-	-	2.867	4.936	8.632
Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital			-701	-384	212
Sonderposten			0	0	0
Rückstellungen			2.126	4.528	5.752
Verbindlichkeiten			1.442	792	2.036
Sonstige Passiva			0	0	0
RAP			0	0	632
Bilanzsumme	-	-	2.867	4.936	8.632





Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	Gründung zum 1.1.02		14.384	17.245	21.838
2 ertragswirksame Zuschüsse	Übernahme von		0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	Aufgaben und		0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	Personal vom BBB		661	44	-219
5 sonstige betriebliche Erträge	zum 1.1.2004		539	524	3.020
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	-	-	15.584	17.813	24.639
6 Material			125	173	452
7 bezogene Leistungen			1.262	1.976	1.292
8 Personalaufwand			13.025	13.032	18.831
9 Abschreibungen			279	154	423
10 sonstiger betrieblicher Aufwand			1.619	2.165	3.453
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	-	-	16.310	17.500	24.451
III Betriebsergebnis (I-II)	-	-	-726	313	188
11 Beteiligungsergebnis			0	0	0
12 Zinsergebnis			7	12	68
IV Finanzergebnis (11+12)	-	-	7	12	68
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-	-	-719	325	256
13 ausserordentliches Ergebnis			0	0	0
14 Steuern			0	8	11
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-	-	-719	317	245

Historie

Der Gebäudedienstleister für Bremen heißt Gebäude- und TechnikManagement Bremen (GTM). Als kommunaler Eigenbetrieb zählt GTM zum Geschäftsbereich des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr in Bremen.

GTM stellt seine Dienstleistungen (z. B. Instandhaltung der Bausubstanz und Gebäudetechnik, technische Betriebsführung und Wartungsmanagement, gebäudebezogenes Energiemanagement, Hausmeisterdienste, Verdingungsleistungen, Baudokumentationen) für Ämter, Behörden, Schulen, Kindertagesstätten, Jugendfreizeitheime, Polizeidienststellen, Museen, Krankenhäuser, Einrichtungen des Bundes und andere Kunden im öffentlichen Raum der Freien Hansestadt Bremen zur Verfügung. Der organisatorisch integrierte enge Unternehmensverbund mit der Facility Management Bremen GmbH (FMB) mit einer gemeinsamen personenidentischen Geschäftsführung sorgt für effiziente Zusammenarbeit und optimale Ergänzungen und Synergien.





Geschäftsverlauf 2004

Das Geschäftsjahr wurde im Wesentlichen durch die Integration von ca. 100 Mitarbeiter des ehemaligen Bremer Baubetriebes geprägt. Das operative Geschäftsfeld des Betriebes hat sich dadurch um die Bereiche Basisdienste (Verdingung, Beschaffungswesen, Baudokumentation, Nachrichtentechnik), Tragwerksplanung sowie Instandhaltung und Sanierung von Bundesvermögen bedeutend erweitert. Die Betriebsübernahme erfolgte auf Basis eines Beschlusses des Bremer Senats und enthielt für GTM die Verpflichtung, die Mitarbeiter möglichst vollständig in regulär refinanzierte Auftragsverhältnisse einzubringen. Über einen Zeitraum von 2,5 Jahren wird dieser Prozess durch Zuschüsse unterstützt.

Die kaufmännische und personelle Integration der neuen Betriebsteile mit fünf verschiedenen Standorten und Ihrer Mitarbeiter/innen verlief schnell und professionell bei fast unveränderter Größe der vorhandenen kaufmännischen Verwaltung. Die klassischen Synergieeffekte bei Betriebsfusionen wurde hier realisiert.

Der Geschäftsverlauf konnte das prognostizierte Ergebnis des Wirtschaftsplanes übertreffen und damit zum Abbau des Verlustes (bedingt durch die Bildung einer Rückstellung für den Sachverhalt der Altersteilzeit) beitragen.

Ausblick

Durch die in den Haushalten relevanten Kürzungen der konsumtiven und investiven Anteile wird es zu Nachfrageschwankungen bei GTM/FMB kommen. Dies hat unmittelbare Auswirkung auf die Auslastung von GTM. Daher gehört es zu den Herausforderungen von GTM, in den nächsten Jahren diesen Nachfrageschwankungen durch den Aufbau flexibler Personalstrukturen zu begegnen. Ferner sind die Schnittstellen zwischen den im Rahmen des Leistungserstellungsprozesses beteiligten Stellen innerhalb des Liegenschaftswesens weiter zu optimieren.

Trotz der Risikofaktoren rechnet die Betriebsleitung grundsätzlich mit einer weiteren positiven Entwicklung des Eigenbetriebes.



Der Senator für Justiz und Verfassung

- Justiz - Dienstleistungen (Juditi)

Justiz - Dienstleistungen
Eigenbetrieb des Landes Bremen

Unternehmensgegenstand: Erbringen von Dienstleistungen für den Senator für Justiz und Verfassung

Sitz des Eigenbetriebes: Sonnemannstr. 2, 28239 Bremen

Stammkapital: 5.112.919 €

Anteilseigner / Anteile %: Freie Hansestadt Bremen (Land) 100%

Geschäftsführer: Herr Dr. Manfred Otto

Betriebsausschuss: Herr Thomas Ehmke
(Stand 31.12.2004) Frau Marlies Marken
Herr Wolfgang Grotheer
Frau Catrin Hannken
Frau Sibylle Winther
Herr Jan Köhler
Herr Erwin Knäpper

Ressort: Senator für Justiz und Verfassung

Zuschüsse aus dem Haushalt: (ohne Investitionen)	2000	2001	2002	2003	2004
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):	171	148	143	119	110
--------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

Der Eigenbetrieb soll zum 31.12.2005 aufgelöst werden.



Bilanzdaten in T€					
Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	7.808	7.562	7.287	7.035	6.838
Umlaufvermögen	1.216	3.398	4.359	5.904	3.325
Sonstige Aktiva	2	121	2	13	6
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	9.026	11.081	11.648	12.952	10.169
Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	7.020	6.911	6.891	6.949	6.202
Sonderposten	17	12	6	0	0
Rückstellungen	753	1.321	1.316	1.393	1.287
Verbindlichkeiten	1.237	2.838	3.435	4.610	2.680
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	0
Bilanzsumme	9.026	11.081	11.648	12.952	10.169

Ertragslage im Jahresvergleich in T€					
	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	13.939	14.189	13.543	13.287	11.351
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	237	865	296	327	307
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	14.176	15.054	13.839	13.614	11.658
6 Material	1.962	2.557	1.884	1.768	1.885
7 bezogene Leistungen	2.306	2.229	2.552	2.815	2.605
8 Personalaufwand	9.004	9.120	8.449	8.022	6.326
9 Abschreibungen	371	328	320	306	293
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	710	752	484	460	1.091
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	14.353	14.986	13.689	13.371	12.200
III Betriebsergebnis (I-II)	-177	67	150	243	-542
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-161	-173	-165	-182	-202
IV Finanzergebnis (11+12)	-161	-173	-165	-182	-202
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-338	-105	-15	61	-744
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	4	4	4	3	3
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-342	-109	-19	58	-747

Der Senator für Kultur

- **Stadtbibliothek Bremen**
- **Volkshochschule Bremen (VHS)**
- **Musikschule Bremen**
- **Stiftung Übersee - Museum**
- **Stiftung Focke - Museum**





Stadtbibliothek Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Nutzerbedarfsorientierte Leistung eines nachhaltigen Beitrags zur Erfüllung des Bildungs-, Kultur- und Informationsauftrages der Stadtgemeinde Bremen mit einem öffentlichen, allgemein zugänglichen zentralen und dezentralen Medienangebot (Ortsgesetz).

Sitz des Eigenbetriebes:

Friedrich-Ebert-Straße 101-105, 28199 Bremen

Stammkapital:

51.129 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Frau Barbara Lison (Direktorin)

Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2004)

Senator Peter Gloystein (Vorsitz)
Frau Carmen Emigholz
Herr Jens Görtz
Frau Sigrid Koestermann
Frau Karin Krusche
Herr Dr. Wolfgang Schroers
Herr Manfred Schürz
Frau Almut Schwerd
Herr Björn Tschöpe

Ressort:

Senator für Kultur

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
8.473.818 €	8.763.255 €	8.988.750 €	8.621.759 €	8.469.428 €

Beschäftigte (Volumen):

2000	2001	2002	2003	2004
128	128	128	133	136

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	1.002	827	712	799	2.486
Umlaufvermögen	1.140	3.092	2.544	2.528	1.978
Sonstige Aktiva	114	0	0	56	0
RAP	4	4	0	0	0
Bilanzsumme	2.259	3.924	3.256	3.383	4.464

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	1.364	1.458	1.495	770	58
Sonderposten	0	0	200	235	2.243
Rückstellungen	636	958	1.223	1.712	1.533
Verbindlichkeiten	177	1.406	181	488	435
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	82	103	157	178	195
Bilanzsumme	2.259	3.924	3.256	3.383	4.464



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	492	491	524	548	588
2 ertragswirksame Zuschüsse	1.328	9.020	8.961	9.065	9.497
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	7.491	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	122	37	27	171	284
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	9.433	9.548	9.512	9.784	10.369
6 Material	973	1.081	1.038	1.301	1.222
7 bezogene Leistungen	53	6	4	124	150
8 Personalaufwand	6.073	6.040	6.197	6.736	6.243
9 Abschreibungen	298	349	334	333	389
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	1.893	1.950	1.946	2.033	2.834
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	9.289	9.426	9.519	10.527	10.838
III Betriebsergebnis (I-II)	144	122	-7	-743	-469
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-8	-4	-64	21	27
IV Finanzergebnis (11+12)	-8	-4	-64	21	27
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	135	118	-71	-722	-442
13 ausserordentliches Ergebnis	0	-26	20	0	0
14 Steuern	3	0	0	3	3
VI Jahresergebnis (V+13-14)	132	93	-51	-725	-445

Historie

Die Stadtbibliothek Bremen wurde zum 01.01.1999 in die Betriebsform Eigenbetrieb umgewandelt. Seitdem wurden von der Betriebsleitung Schwerpunkte vor allem organisatorisch auf Wirtschaftlichkeit und inhaltlich auf das Medienangebot und die Entwicklung des Standortnetzes gelegt.

Beim Medienangebot wurde der Schwerpunkt auf eine innovative Bestandspolitik gelegt, die statt auf große Quantitäten auf ein qualitätsvolles und kundenorientiertes Bestandsangebot setzt, das auch hinsichtlich des Medienzugangs aktuell gehalten werden kann. Dies führte seit Gründung des Eigenbetriebs bis 2004 zu einer Erhöhung der Entleihungen um 1.050.000 (+44%) im Vergleich zu 1998. Die Zahl der Besuche stieg im gleichen Zeitraum um 250.000 (+20%).

Neben der Bestandspolitik war auch die konsequente Entwicklung der Standorte zielführend. Hier bewährt sich das Prinzip, Stadtteilbibliotheken an Standorte zu verlegen, die eine hohe funktionale Zentralität und eine hohe Besucherfrequenz aufweisen. Seit Gründung des Eigenbetriebs wurden die Standorte Vahr, West und Huchting nach diesen Kriterien neu gewählt.

Diese erfolgreichen Strategien bleiben weiterhin die Grundlage für die zukünftige Geschäftspolitik der Stadtbibliothek.

Finanziell hatte der Eigenbetrieb in den ersten vier Jahren seiner Existenz einen soliden Kurs eingeschlagen, der aufgrund mehrerer Jahresüberschüsse zu Rücklagen in Höhe von 365 T€ führte. Leider entstand im Jahr 2003 ein Jahresfehlbetrag von 725 T€, der zum einen strukturell (z.B. neue Rückstellungen i.H.v. 380 T€ für potentielle und tatsächliche Erstattungsansprüche aus Altersteilzeit wegen der Rücknahme der Freihalteerklärung des Finanzsenators) und zum anderen durch Planung und Umsetzung der neuen Zentrale sowie durch Fehlkalkulationen der Stadtbibliothek bedingt war.

Geschäftsverlauf

Die Arbeitsschwerpunkte des Eigenbetriebes im Jahr 2004 lagen zum einen in den Vorbereitungen für die neue Zentralbibliothek, zum anderen in der Reaktion auf die finanziellen Schwierigkeiten, die im Jahr 2003 erstmalig auftraten und sich in 2004 vertieften.

Die neue Zentralbibliothek wurde am 06. Oktober 2004 offiziell eröffnet. Die Einrichtung wurde aus Mitteln von „Bremen in T.I.M.E.“, dem „Sofortprogramm Innenstadt“, der Stiftung wohnliche Stadt und Eigenmitteln der Stadtbibliothek finanziert. Im Gegenzug wurden die Standorte am Schlüsselkorb und in der Neustadt sowie die Musikbibliothek und die Graphothek im August 2004 aufgegeben.

Die neue Zentralbibliothek entwickelte sich nach ihrer Eröffnung zu einem Publikumsmagneten, der im 4. Quartal eine deutlich höhere Leistung (+20% bei den Entleihungen, + 15% bei den Besuchen und + 86% bei den ausgegebenen Bibliotheksausweisen) erzielte als die früheren Standorte gemeinsam im letzten Quartal des Vorjahres. Trotzdem konnten die sehr hoch gesteckten Zielzahlen des Kontrakts nicht komplett erreicht werden.

Verfehlt wurden im wesentlichen die Zahlen der Ausweisinhaber und der Besucher, die leicht, 1,4% bzw. 4,7% unter dem Plan lagen. Offenbar sind die Besucherzahlen zu hoch extrapoliert worden, mit Sicherheit in Unterschätzung der Mehrfachnutzung der alten Standorte durch dieselben Personen, die jetzt am neuen Standort nur noch einmal als Besucher gezählt werden.

Gleichwohl stieg die Zahl der Ausweisinhaber um 2,7% im Vergleich zu 2003, und die Besucherzahlen liegen trotz der Schließung der Zentralbibliothek wegen des Umzugs für sechs Wochen nur um 0,7% unter den Besucherzahlen des Vorjahres. Dies liegt vor allem an der weiterhin sehr guten Entwicklung der in 2003 neu eröffneten Standorte in der Vahr und in Huchting.

Die Leistungszahl im Bereich Ausleihen liegt insgesamt um 9 % über dem Plan und über dem Vorjahresergebnis. Spitzenreiter in diesem Bereich sind die Zentralbibliothek (über 12%) sowie Vahr (+20 %) und Huchting (+28%).

Die Öffnungszeiten konnten insgesamt stabil und im Plan gehalten werden, was vor allem an den disziplinierten Umzugsaktivitäten für die Neue Zentralbibliothek lag.

Die Zahl der Veranstaltungen lag insgesamt deutlich (18%) über Plan, wobei die Aktivitäten zur Vermittlung von Informations- und Medienkompetenz sogar noch höher lagen. Die Veranstaltungen zur gesellschaftlichen und kulturellen Bildung konnten dagegen vor allem wegen der umfangreicheren Umzugsaktivitäten nicht ganz plangemäß durchgeführt werden.

Im krassen Gegensatz zur insgesamt positiven Leistungsentwicklung stand die Finanzentwicklung der Stadtbibliothek. In 2004 kamen zum Jahresfehlbetrag aus 2003 weitere 445 T€ hinzu. Dies

lag vor allem an Planungsfehlern, die der Stadtbibliothek bei der Wirtschaftsplanaufstellung unterlaufen waren. Außerdem waren die Kosten für die Einrichtung der neuen Zentralbibliothek und für den Umzug unterschätzt worden. Der Fehlbetrag ist gemäß § 10 Abs. 4 Bremisches Eigenbetriebsgesetz vorgetragen worden und soll in den kommenden fünf Jahren durch Überschüsse getilgt werden.

Die schlechte finanzielle Entwicklung wurde in ihrem ganzen Ausmaß im vierten Quartal offenbar. Als Reaktion darauf wurden einige kurzfristige Maßnahmen beschlossen, die einen noch größeren Jahresfehlbetrag verhinderten. So wurde z.B. ein sofortiger Bestellstopp für Medien erlassen. Gleichzeitig wurden in Zusammenarbeit mit der k.m.b. und dem Senator für Kultur intensive Gespräche über die Möglichkeiten der Konsolidierung begonnen, die in 2005 zu einem umfassenden Konsolidierungskonzept zusammengeführt wurden. Als erste Maßnahme wurde noch in 2004 ein gemeinsames Projekt mit der k.m.b. aufgelegt, das zum Ziel hat, die Controlling- und Steuerungssysteme und -instrumente der Stadtbibliothek, inklusive der Wirtschaftsplanung zu analysieren und zu verbessern.

Ausblick

Die kommenden Jahre werden für die Stadtbibliothek von dem Bemühen geprägt sein, die Konsolidierung der Finanzen zu erreichen und die aufgelaufenen Jahresfehlbeträge wieder abzubauen.

Wegen der finanziellen Probleme wurde die Umsetzung der Gesamtheit des von der Stadtbibliothek ausgearbeiteten Standortkonzepts „MiniMax“ vom Betriebsausschuss nicht beschlossen. Stattdessen wird geprüft, welche Teile des Konzepts zur Konsolidierung beitragen und sinnvoll umgesetzt werden können. So wird es in den kommenden Jahren weitere Änderungen im Standortnetz der Stadtbibliothek geben, die Kinder- und Jugendbibliotheken werden gemäß dem Beschluss des Koalitionsausschusses aus dem Februar 2005 bis spätestens 31.12.2005 an den Senator für Bildung übergeben.

Der Abbau der Fehlbeträge wird durch die schlechte Haushaltslage der Stadt Bremen noch erschwert.





Bremer Volkshochschule
Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand: Bereitstellung eines öffentlich verantworteten, allgemein zugänglichen, zentralen und dezentralen, kontinuierlichen und breiten Angebots an allgemeiner, beruflicher und politischer Weiterbildung sowie Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten zur Förderung der Orientierung im gesellschaftlichen Umfeld, der Urteilsbildung und der aktiven Lebensgestaltung für Erwachsene. (Ortsgesetz)

Sitz des Eigenbetriebes: Schwachhauser Heerstraße 67, 28211 Bremen

Stammkapital: 51.129 €

Anteilseigner / Anteile %: Stadtgemeinde Bremen 100,00%

Geschäftsführer: Frau Dr. Barbara Loer

Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2004)

Senator Peter Gloystein (Vorsitz)

Frau Carmen Emigholz

Herr Jens Görtz

Herr Björn Tschöpe

Frau Sigrid Koestermann

Herr Dr. Wolfgang Schroers

Frau Karin Krusche

Frau Ulrike Funk

Herr Manfred Schürz

Ressort:

Senator für Kultur

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
3.282.827 €	3.423.390 €	3.381.178 €	3.478.641 €	3.512.580 €

Beschäftigte (Volumen):

50	55	54	54	52
----	----	----	----	----

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	460	410	469	439	425
Umlaufvermögen	1.304	1.291	818	739	490
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	20
RAP	1	0	0	0	37
Bilanzsumme	1.765	1.701	1.287	1.178	972

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	346	348	278	280	-21
Sonderposten	55	39	24	8	0
Rückstellungen	356	313	428	320	334
Verbindlichkeiten	874	895	517	441	512
Sonstige Passiva	0	0	0	0	20
RAP	133	105	40	130	127
Bilanzsumme	1.765	1.701	1.287	1.178	972

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	3.195	3.295	3.576	3.221	3.184
2 ertragswirksame Zuschüsse	803	646	806	839	520
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	2.641	3.001	2.828	2.923	3.203
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	108	100	206	116	91
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	6.746	7.042	7.416	7.099	6.998
6 Material	1.507	1.438	1.574	1.306	1.299
7 bezogene Leistungen	1.915	1.998	2.134	1.994	2.074
8 Personalaufwand	2.591	2.819	3.006	3.035	3.034
9 Abschreibungen	219	252	218	205	195
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	468	524	572	607	686
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	6.700	7.030	7.504	7.147	7.288
III Betriebsergebnis (I-II)	47	12	-88	-48	-290
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-7	-4	8	2	2
IV Finanzergebnis (11+12)	-7	-4	8	2	2
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	40	8	-80	-46	-288
13 ausserordentliches Ergebnis	0	-6	9	49	-12
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	40	2	-71	3	-300

Historie

Die Bremer Volkshochschule wurde 1919 gegründet. Sie ist die älteste und einzige kommunale Weiterbildungseinrichtung in Bremen und über die Landesgrenzen hinaus. Gemessen an den durchgeführten Unterrichtsstunden und an der Anzahl der TeilnehmerInnen ist sie zudem die größte Weiterbildungseinrichtung des Landes. Die Volkshochschule Bremen wurde zum 01.01.1999 in die Betriebsform Eigenbetrieb umgewandelt.

Geschäftsverlauf

Auf dem Gebiet der allgemeinen Weiterbildung, ihrem Angebots-Schwerpunkt, ist die Bremer Volkshochschule (VHS) im Jahr 2004 der weitaus bedeutendste und größte Anbieter in der Stadtgemeinde geblieben. An dieser Situation orientieren sich auch die von der VHS vorgenommenen Schwerpunktsetzungen auf dem Gebiet der allgemeinen Weiterbildung. In den letzten Jahren sind insbesondere die Bereiche Gesundheitsbildung und Fremdsprachenerwerb stetig ausgebaut worden. Ihrem kommunalen Auftrag folgend, hat die Bremer VHS in den Ausbau ihrer Angebote stets auch das wichtige Gebiet „Deutsch als Fremdsprache“ einbezogen.

Die insgesamt rückläufige Entwicklung der Landesförderung nach den Richtlinien des Weiterbildungsgesetzes und die Einschränkung der Fördertatbestände haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass der Anteil der politischen Weiterbildung tendenziell stetig abgenommen hat; dies gilt – mit Ausnahme von Arbeit und Leben – für alle bremischen Weiterbildungsträger. Ausgehend von ihrem aus der Landesverfassung abgeleiteten Auftrag hat die Bremer Volkshochschule seit 2002 mit Erfolg daran gearbeitet, dieser Tendenz entgegenzuwirken; gemessen an den Aktivitäten vergleichbarer großstädtischer Volkshochschulen und trotz des Fehlens geeigneter Räume nimmt sie mittlerweile wieder eine führende Position ein. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Umweltbildung, der seit 2003 – in Kooperation mit anderen auf diesem Gebiet tätigen Einrichtungen – erheblich ausgeweitet werden konnte.

Im Bereich der beruflichen Weiterbildung haben sich in den vergangenen Jahren die Weiterbildungseinrichtungen in der Stadtgemeinde deutlich spezialisiert. Dies nutzt die VHS einerseits für neue Formen der Kooperation bei komplexen, modular angelegten und berufsbegleitenden Qualifizierungsmaßnahmen. Dabei ist allerdings zu betonen, dass auf dem Feld der beruflichen Weiterbildung der Aspekt der Konkurrenz erheblich stärker wirksam wird als der Aspekt der Kooperation, zu der sich die VHS ihrerseits angesichts ihrer mehr als 250 Kooperationspartner in der Stadt ausdrücklich bekennt. Die VHS hat sich auf dem Feld der beruflichen Weiterbildung andererseits ebenfalls spezialisiert. Sie hat sich vor allem in den Bereichen Management für Non-Profit-Organisationen, personenbezogene Qualifizierung für soziale und kulturelle Dienstleistungen, Netzwerktechnik und Qualifizierung für multimediale Berufsfelder deutlich profiliert. Die VHS hat im übrigen bereits im Jahr 2003 damit begonnen, ihre Kontakte zu den Bremer Unternehmen und ihre Bemühungen um Fortbildungsaufträge der Betriebe zu verstärken; dies wird künftig ein wichtiger Aspekt ihrer Arbeit auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung sein.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes ist im Jahr 2004 aus Sicht der Betriebsleitung trotz erheblicher Anstrengungen des gesamten Kollegiums nicht zufriedenstellend verlaufen. Wegen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der in der Bevölkerung damit verbundenen Ängste war in nahezu allen großstädtischen Volkshochschulen vor allem im zweiten Halbjahr 2004 ein Teilnehmereinbruch zu verzeichnen. Auch in der Bremer VHS haben knapp 1.500 weniger TeilnehmerInnen im 2. Halbjahr 2004 zu einem Einnahmeausfall von ca. 3 % geführt.

Aufgrund dieser Planabweichungen hat die Bremer VHS das Wirtschaftsjahr 2004 mit einem Fehlbetrag abgeschlossen. Sie hat, wie in § 10 Abs. 4 BremEBG vorgesehen, sofort interne Maßnahmen ergriffen und mit dem Betriebsausschuss abgestimmt, die darauf abzielen, den Fehlbetrag aus dem Jahr 2004 bis zum Jahr 2009 auszugleichen.

Die Ziele der Leistungsvereinbarung mit dem Senator für Kultur wurden im Jahr 2004 – mit Ausnahme der Belegungszahlen für das 2. Halbjahr 2004 – in quantitativer und qualitativer Hinsicht erreicht.

Im übrigen wurde der Geschäftsverlauf – wie bereits in den vergangenen Jahren – geprägt von der Suche nach stabilen Übergangslösungen für die Raumprobleme, die für die Bremer VHS aus dem Fehlen eines innerstädtischen Veranstaltungszentrums entstehen.

Ausblick

Die Betriebsleitung rechnet grundsätzlich mit einer weiteren positiven Entwicklung des Eigenbetriebes. Sie geht davon aus, dass es ihr gelingen wird, die Stärken der Einrichtung weiter zu stabili-



sieren und sich als Dienstleistungsunternehmen für Bildung und Kultur, als Partnerin der Kommune und als Instanz sozialen Ausgleichs dauerhaft zu bewähren.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass diese Entwicklung in den kommenden Jahren durch die im folgenden aufgelisteten Risikofaktoren nachhaltig beeinträchtigt werden kann:

1. Das wirtschaftliche Risiko in der VHS erhöht sich kontinuierlich, sofern die Einrichtung alle Tarif- und Betriebskostensteigerungen auch weiterhin selbst erwirtschaften muss und die sog. personalwirtschaftlichen Effekte nicht eintreten.
2. Aufgrund der unter Punkt 1 beschriebenen Situation kann die VHS ihre Personalkapazitäten nicht, wie es dringend erforderlich wäre, halten, geschweige denn ausweiten.
3. Die VHS ist in der Stadtgemeinde der mit Abstand größte Anbieter auf dem Gebiet „Deutsch als Fremdsprache“. Die seit dem 1.1.2005 geltenden Regelungen haben die Arbeit auf diesem für die Kommune wichtigen Feld erheblich erschwert und verteuert; ein Ausgleich seitens des Bundes wird frühestens für die Zeit nach Abschluss der Pilotphase der Integrationsmaßnahmen zu erwarten sein (2007).
4. Die Umsetzung der neuen Regelungen auf dem Gebiet der Förderung beruflicher Weiterbildung kann – soweit derzeit absehbar – dazu führen, dass Inhaber/innen von Bildungsgutscheinen die grundsätzlich frei zugänglichen beruflichen Qualifizierungsangebote der Volkshochschulen nicht besuchen dürfen. Darüber hinaus wird die seitens der BA geplante zusätzliche Zertifizierung für Träger und Maßnahmen zu zusätzlichen Kosten führen, deren Ausgleich bislang nicht gesichert ist.





Musikschule Bremen

Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Unternehmensgegenstand:

Erteilung eines qualifizierten und kontinuierlichen Unterrichtes in Grundfächern, Instrumental- und Vokalfächern, Ensemble- und Ergänzungsfächern, studienvorbereitender Ausbildung, Modellversuche, zielgruppenorientierter Unterricht, Weiterbildungskurse und Projekte, Planung, Organisation und Durchführung öffentlicher Konzerte der Musikschüler. Der Eigenbetrieb kooperiert mit örtlichen und überörtlichen Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere mit allgemeinbildenden Schulen, Kindergärten, dem Dt. Musikrat und seinen Institutionen sowie dem VDM.

Sitz des Eigenbetriebes:

Schleswiger Straße 4, 28219 Bremen

Stammkapital:

51.129 €

Anteilseigner / Anteile %:

Stadtgemeinde Bremen 100%

Geschäftsführer:

Herr Prof. Heiner Buhlmann





Betriebsausschuss:
(Stand 31.12.2004)

Senator Peter Gloystein (Vorsitz)
 Frau Carmen Emigholz
 Herr Jens Görtz
 Frau Sigrid Koestermann
 Herr Dr. Wolfgang Schrörs
 Frau Silvia Schön
 Herr Björn Tschörpe
 Frau Sabine Vaßmers-Seib
 Frau Rosemarie Brase

Ressort:

Senator für Kultur

Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)

2000	2001	2002	2003	2004
1.680.938 €	1.603.987 €	1.616.996 €	1.717.147 €	1.696.147 €

Beschäftigte (Volumen):

42	41	37	34	34
----	----	----	----	----

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	219	188	188	185	219
Umlaufvermögen	703	800	541	734	917
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	0	3	0	0	0
Bilanzsumme	922	991	729	919	1.136

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	444	471	491	579	612
Sonderposten	0	0	0	40	30
Rückstellungen	40	41	90	80	236
Verbindlichkeiten	436	476	145	217	254
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	2	3	3	3	4
Bilanzsumme	922	991	729	919	1.136





Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	641	692	685	721	799
2 ertragswirksame Zuschüsse	90	1.652	1.666	1.766	1.745
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	1.640	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	23	26	19	28	25
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	2.394	2.370	2.370	2.514	2.569
6 Material	34	39	45	48	36
7 bezogene Leistungen	26	35	115	185	290
8 Personalaufwand	2.004	2.063	1.942	1.855	1.870
9 Abschreibungen	55	51	52	72	61
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	148	156	201	273	293
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	2.267	2.344	2.355	2.434	2.550
III Betriebsergebnis (I-II)	127	26	15	81	19
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	0	0	8	6	9
IV Finanzergebnis (11+12)	0	0	8	6	9
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	127	26	23	87	28
13 ausserordentliches Ergebnis	0	2	-3	0	5
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	127	28	20	87	33

Historie

Die Musikschule Bremen ist seit dem 1. Januar 1999 ein Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen.

Mit der Gründung des Eigenbetriebes wurde die Musikschule in ein neues Spannungsfeld gestellt. Die Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente geschah zum Zwecke der Herstellung von mehr Transparenz, zum Abbau sachfremder Hemmnisse und zur Schaffung von mehr Beweglichkeit zur besseren und effektiveren Erledigung der Aufgaben. Das allgemein zugängliche, zentrale und dezentrale musikalische Angebot als grundlegender Beitrag zum bildungs-, kultur- und jugendpolitischen Auftrag bleibt aber auch künftig eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Sie leistet einen Beitrag zur kulturellen Verständigung, trägt zur Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung wie auch zur sozialen Entwicklung, vor allem von Kindern und Jugendlichen bei. Sie leistet insofern einen Beitrag zur partizipativen Gestaltung der Gesellschaft, muss als gesellschaftliches Gut angesehen werden und kann nicht ausschließlich und in erster Linie anhand des wirtschaftlichen Erfolges gemessen werden





Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Neue Ideen, Modelle, konkrete Planungen und deren Umsetzungen führten dazu, dass die Musikschule Bremen im sechsten Jahr seit Bestehen des Eigenbetriebes mit kleinen aber doch beständigen Schritten auf der Erfolgsleiter weiter nach oben klettert. Dieses zeigte sich insbesondere im weiterhin deutlich gestiegenem Interesse der Bremer Bevölkerung an einer musikalischen Ausbildung an der Musikschule, im weiteren Schülerzuwachs, im Ausbau der „Bläserklassen“, der verstärkten Kooperation mit den allgemeinbildenden Schulen, mit den Philharmonikern und mit der Hochschule für Künste.

Mit der Buchführung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Anlagenbuchführung war wie bisher im Wesentlichen die Bremer Volkshochschule beauftragt, da der Musikschule für diese Aufgabe kein ausreichendes Personal zur Verfügung steht. Die Musikschule wird für diesen Bereich bei der VHS als Mandant geführt. Die bisherigen zeitlichen Abstimmungsprobleme konnten beseitigt werden.

Durch die Übertragung dieser Aufgaben auf die Volkshochschule konnte eine sonst dringend erforderliche Stellenbesetzung im Bereich Finanzen /Controlling eingespart werden. Ebenso wurde unter Berücksichtigung der Untersuchung des Rechnungshofes und der nachhaltigen Kostenbelastung bei gleichzeitig angespannter Haushaltslage von der Einstellung eines Geschäftsführers abgesehen. Als Interimslösung wurde die kaufmännische Beratung neben der Bremer Volkshochschule durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG als externen Berater sichergestellt. Mit Blick auf die weitere Zusammenlegung der Verwaltungen beider Einrichtungen stehen für das Jahr 2005 weitere Kooperationen mit der Volkshochschule an, z. B. in der Übernahme der Personalsachbearbeitung und noch engerer Zusammenarbeit im Bereich der kaufmännischen Beratung.

Die Musikschule Bremen hat das Geschäftsjahr 2004 mit einem Jahresüberschuss von 33.402,36 € abgeschlossen. Dieser Betrag soll in die allgemeine Rücklage eingestellt werden.

Die Umsatzerlöse konnten durch erhöhte Schülerzahlen und die in 2004 vollständig wirksam gewordene Entgelterhöhung zum Schuljahr 2003/2004 gesteigert werden. Die für sämtliche Unterrichtsräume im Wirtschaftsplan berücksichtigten Mietaufwendungen sind nicht angefallen, so dass das positive Jahresergebnis auch daraus resultiert. Außerdem führt die ausgebliebene Rückkehr von beurlaubten Mitarbeitern im Personalaufwand zu einem geringeren Wert.

Einige Investitionen konnten wegen der Haushaltssperre 2004 nicht zeitgerecht umgesetzt werden, so dass die dringend erforderliche Innensanierung des Gebäudes Schleswiger Straße (Malerarbeiten) in einer Größenordnung von ca. 50.000 € in das Jahr 2005 verschoben wurde.

Ausblick

Mit den bestehenden Unterrichtsangeboten und weiteren Kooperationen wird die Musikschule versuchen, das Schülerpotenzial zu erweitern und Mehreinnahmen zu erzielen. Eine engere Zusammenarbeit mit dem „Bildungsressort“ wird weiterhin angestrebt. Nur so wird es möglich sein, die Probleme, wie Schulraumnutzung, Unterrichtsangebote im Rahmen der Ganztagschule und den weiteren Ausbau der „Bläserklassen“ zu bewältigen bzw. zu bewirken.

Es wird weiterhin dringend erforderlich sein, dass die Kooperationen der Musikschule und die damit geleistete Hilfe auch von den Kooperationspartnern genannt und aufgezeigt werden. So leistet die Musikschule z. B. für die Schulen SZ Sebaldsbrück, Gesamtschule Ost, SZ Findorff, Melanchthonstraße und Pulverberg erhebliche Hilfen durch die Bereitstellung von Lehrkräften für





die Bläserklassen und ermöglicht erst dadurch die herausragenden Ergebnisse. Darüber hinaus ist die Musikschule in Zusammenarbeit mit den Kiwanis-Clubs Bremen durch die Veranstaltung von Benefizkonzerten behilflich, die teuren Musikinstrumente für die Schulen zu kaufen. Leider findet dieses, ebenso wie die Kooperation mit den Bremer Philharmonikern, dem Bremer Theater und vielen anderen mehr, in der Presse kaum Erwähnung. Dieses Problem zu beheben, wird eine vordringliche Aufgabe für die Zukunft sein.

Die Musikschule ist nicht darauf ausgerichtet, Überschüsse allein durch eigene Einnahmen zu erzielen. Insofern treten durch die Aufgabenerfüllung zwangsläufig Verluste auf, die nur durch Zuschüsse der Stadtgemeinde ausgeglichen werden können. Die Höhe dieses Zuschusses ist deshalb für die Einrichtung von maßgeblicher Bedeutung.

Durch den verstärkten Einsatz von Honorarlehrkräften versucht die Musikschule, ihren finanziellen Spielraum zu erhöhen. So können Tarifsteigerungen aufgefangen und das Unterrichtsangebot aufrecht erhalten werden. Es muss an dieser Stelle allerdings immer wieder darauf hingewiesen werden, dass der Einsatz von Honorarlehrkräften ein Risiko mit sich bringt. Sollten sich die an der Schule unterrichtenden Honorarkräfte als abhängig beschäftigte Mitarbeiter einklagen, so wäre das für die Schule ein nicht absehbares wirtschaftliches Risiko.





Übersee - Museum
(Stiftung des öffentlichen Rechts)

Unternehmensgegenstand:

Führung des Museums als öffentliche Einrichtung der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft. Aufgabe ist, die Sammlungen durch Ausstellungen und andere Veranstaltungen der Allgemeinheit zugänglich zu machen, sie zu bewahren und zu erweitern sowie sie durch Forschung, Dokumentation und Publikation zu erschließen.

Sitz der Stiftung:

Bahnhofsplatz 13, 28195 Bremen

Stammkapital:

6.156.058 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land) 100%

Geschäftsführer:

Herr Dieter Pley (kaufmännischer Geschäftsführer)
Frau Dr. Wiebke Ahrendt (Direktorin)



Stiftungsrat:

(Stand 31.12.2004)

Frau Elisabeth Motschmann (Vorsitz)

Herr Ralf Gerth

Herr Arend Vollers

Herr Dr. Wolfgang Schrörs

Frau Dr. Martha Pohl

Ressort:

Senator für Kultur

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
3.041.675 €	4.370.383 €	3.399.720 €	3.453.400 €	3.418.325 €

Beschäftigte (Volumen):

2000	2001	2002	2003	2004
47	42	43	37	37

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	4.724	4.038	3.701	4.708	4.227
Umlaufvermögen	2.452	3.262	4.132	3.050	3.424
Sonstige Aktiva	115	0	0	0	0
RAP	2	3	2	0	1
Bilanzsumme	7.292	7.302	7.835	7.758	7.652

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	6.900	6.876	6.750	6.648	6.317
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	269	270	255	330	227
Verbindlichkeiten	122	156	830	780	608
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	500
Bilanzsumme	7.292	7.302	7.835	7.758	7.652

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	667	452	478	435	370
2 ertragswirksame Zuschüsse	3.875	3.927	3.399	4.286	4.251
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	274	425	606	628	529
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	4.815	4.805	4.483	5.350	5.150
6 Material	58	48	28	61	78
7 bezogene Leistungen	583	436	261	456	191
8 Personalaufwand	1.667	1.940	2.138	2.490	2.578
9 Abschreibungen	904	936	804	887	1.044
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	1.293	1.507	1.475	1.584	1.558
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	4.504	4.866	4.706	5.477	5.448
III Betriebsergebnis (I-II)	311	-61	-223	-127	-298
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	0	0	0	0	0
IV Finanzergebnis (11+12)	0	0	0	0	0
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	311	-61	-223	-127	-298
13 ausserordentliches Ergebnis	46	37	97	26	-33
14 Steuern	0	0	0	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	357	-24	-126	-102	-331

Historie

„Die Welt unter einem Dach“: Dieser Leitidee folgte das Überseemuseum Bremen bei seiner Gründung 1896. Doch heute setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Idee, die ganze Welt als „musealen Kosmos“ zu zeigen, ein uneinlösbares Versprechen ist. Auch wird unsere Welt immer komplexer und vernetzter. Zudem stellen veränderte Erwartungen der Besucher und wachsender Wettbewerb das Überseemuseum vor große Herausforderungen. Wie kann also ein Museum für Völker-, Handels- und Naturkunde die Welt heute zeitgemäß und spannend präsentieren?

Mit rund 1,1 Millionen Objekten besitzt das Überseemuseum eine sehr umfangreiche Sammlung zur Natur-, Völker- und Handelskunde. Diese Sammlungskombination ist einmalig in Europa. Eng verknüpft mit den überseeischen Beziehungen Bremens und gefördert von Bremer Kaufleu-





ten, verfügt es über einmalige Ausstellungsstücke. Das neue Ausstellungskonzept führt die drei Disziplinen in einer aktualisierten Präsentation und einem europaweit einzigartigen Themenmix zusammen. Mit der Neukonzeption wird ein integrierter Ansatz verfolgt, bei dem Völker, Handel und Natur in innovativer Weise miteinander verzahnt werden.

Die Stiftung öffentlichen Rechts, Übersee- Museum Bremen wurde am 1.1.1999 gegründet. Sie ist wie eine mittlere Kapitalgesellschaft zu führen. Als Stiftungskapital wurde ihr die Betriebsausstattung einschließlich der Ausstellungsausstattung übereignet. Gebäude und Sammlungen verblieben im Eigentum der Stadtgemeinde.

Laut Stiftungsgesetz übernimmt die Stiftung Überseemuseum folgende Aufgaben:

- Pflege und Ergänzung der Sammlungen im Auftrag der Stadtgemeinde
- Forschung in den Sammlungsgebieten
- Erarbeitung und Realisierung von Dauer- und Sonderausstellungen aus den Sammlungsgebieten.

Die Stiftung Überseemuseum ist Zuwendungsempfängerin. Die Stifterin versorgt sie mit auskömmlichen Betriebsmitteln zur Umsetzung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben sowie einem festen Ersatz der Abschreibungen auf das Stiftungsvermögen.

Geschäftsverlauf 2004

Im November 2003 wurde die Dauerausstellung „Ozeanien – Lebenswelten in der Südsee“ der Öffentlichkeit übergeben. Das Jahr 2004 war geprägt von Marketingmaßnahmen, Aktionen und Presseaktivitäten zu dieser Ausstellung. Das Übersee-Museum hat sich mit dieser Ausstellung für den European Museum of the Year Award beworben und wurde nominiert. Im Zusammenhang mit der Ozeanien-Ausstellung wurde ein ganzheitlich und langfristig orientiertes Marketingkonzept entwickelt. Dafür wurde das Museum vom Marketingclub zu Bremen mit dem „Marketinginnovationspreis Highlight 2004“ ausgezeichnet.

Unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten an der Ozeanien-Ausstellung wurde mit der Erstellung des Konzeptes für den zweiten Dauerausstellungsbereich „Asien – Kontinent der Gegensätze“ begonnen. Die bisherige Ausstellung von 1.900 qm wurde vollständig abgebaut.

Für das Gebäude hat der Vorstand gemeinsam mit der Gebäudeeigentümerin GBI und dem Zuwendungsgeber ein bauliches Gesamtkonzept zur Sanierung des Museums vorgelegt. Dieses schloss zunächst mit einem Finanzierungsbedarf von 22 Mio. € und wurde auf Wunsch der Zuwendungsgeberin auf geplante 13 Mio. € reduziert, was durch Verzicht von Maßnahmen von nachrangiger Bedeutung für Besucher .wie z. B. der Fassade, erreicht werden könnte.

Der Pächter des Restaurants und des Shops hat im Jahr 2003 Insolvenz angemeldet, was zur Schließung beider Serviceeinrichtungen führte. Dieses soll genutzt werden, beide Bereiche besucherorientiert und profitabel neu zu organisieren. Im Jahr 2004 hat das Museum in Folge der Insolvenz und geplanter, aber noch nicht finanzierter Baumaßnahmen keine Pachteinahmen realisieren können. Mit insgesamt 138.101 Besuchern wurde ein Ergebnis erreicht, das unter den Erwartungen von 180.000 lag, aber dennoch einen Platz unter den besten fünf Museen seiner Klasse in Deutschland sichert.

Der vom Stiftungsrat verabschiedete Erfolgsplan sah einen Gewinn von 26 T€ vor. Die GuV weist dagegen im Ergebnis einen Verlust von 331 T€ aus. Diese Unterdeckung erklärt sich mit 211 T€ systembedingt aus bilanzrechtlichen Vorschriften. Der verbleibende Verlust von 120 T€ ist im wesentlichen den Positionen Betriebsaufwendungen geschuldet.

Ausblick

Im Laufe des Jahres 2005 werden die Baumaßnahmen im Bereich des Dauerausstellungsbereichs „Asien“ und des Kopfbereiches abgeschlossen. Mit der im Februar 2006 geplanten Eröffnung der Ausstellung „Asien“ wird der gesamte Bereich des Erdgeschosses dann erneuert sein. Die aus dem Bau resultierenden Besucherhemmnisse (fehlender Shop, Sperrung des halben Erdgeschosses und Fehlen eines der attraktivsten Ausstellungsbereiche) werden somit Ende 2005/Anfang 2006 überwunden sein. 2006 soll der Sonderausstellungsraum auf 800 m² erweitert und damit heutigen Forderungen angepasst werden. Für 2006 ist als erste attraktive große Sonderausstellung „Tausend und eine Nacht“ vorgesehen.

Das Jahr 2005 wird deshalb trotz intensiver Marketingbemühungen nochmals unter ähnlichen Vorzeichen wie 2004 stehen. Ab 2006 stehen schrittweise die sanierten Bereiche zur Verfügung. Das Museum erwartet, dass es dann zu einer Umkehrung des Besuchertrends und einer Stabilisierung der Besucherzahlen auf höherem Level kommen wird.



FOCKE MUSEUM



Focke - Museum

(Stiftung des öffentlichen Rechts)

Unternehmensgegenstand:

Führung des Museums als öffentliche Einrichtung der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft. Aufgabe ist, die Sammlungen durch Ausstellungen und andere Veranstaltungen der Allgemeinheit zugänglich zu machen, sie zu bewahren und zu erweitern sowie sie durch Forschung, Dokumentation und Publikation zu erschließen.

Sitz der Stiftung:

Schwachhauser Heerstraße 240, 28213 Bremen

Stammkapital:

1.022.584 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land)	100%
--------------------------------	------

Geschäftsführer:

Herr Prof. Dr. Christiansen, Direktor
Herr Norbert Kölle, Kfm. Geschäftsführer

Stiftungsrat:

(Stand 31.12.2004)

Frau Staatsrätin Elisabeth Motschmann (Vorsitz)

Frau Dr. Rita Mohr-Lüllmann

Herr Dieter Meyer

Herr Prof. Dr. Michael Müller

Herr Stefan Storch

Ressort:

Senator für Kultur

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
1.448.490 €	1.572.314 €	1.579.560 €	1.865.641 €	1.676.887 €

Beschäftigte (Volumen):

22	22	22	23	25
----	----	----	----	----

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	2.205	1.758	1.979	2.307	2.273
Umlaufvermögen	1.302	1.763	1.505	1.740	1.270
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	3
RAP	4	45	4	1	12
Bilanzsumme	3.511	3.566	3.488	4.048	3.557

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	2.713	2.736	2.734	2.788	2.939
Sonderposten	484	415	345	548	449
Rückstellungen	52	64	65	40	49
Verbindlichkeiten	263	350	344	636	115
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	36	5
Bilanzsumme	3.511	3.566	3.488	4.048	3.557



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	107	142	154	99	96
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	2.292	2.036	2.322	2.133
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	1.905	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	575	221	735	516	697
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	2.587	2.655	2.925	2.937	2.926
6 Material	5	26	18	10	8
7 bezogene Leistungen	265	176	161	244	105
8 Personalaufwand	1.090	1.315	1.543	1.593	1.671
9 Abschreibungen	567	552	585	402	340
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	561	640	633	657	631
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	2.488	2.708	2.940	2.906	2.755
III Betriebsergebnis (I-II)	98	-53	-15	31	171
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	2	12	13	5	3
IV Finanzergebnis (11+12)	2	12	13	5	3
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	100	-41	-2	36	174
13 ausserordentliches Ergebnis	0	66	0	18	-24
14 Steuern	1	1	1	0	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	100	24	-3	54	150

Historie

Das Focke-Museum wurde zum Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte durch die Vereinigung zweier großer Sammlungen: Das Gewerbemuseum von 1884 und das „Historische Museum für bremische Altertümer“ von 1900, benannt nach seinem Gründer, dem Senatssyndikus Dr. Johann Focke. Inmitten eines großzügigen Parks liegen die vier historischen Gebäude und das moderne Haupthaus und das jüngst errichtete Schaumagazin. In ihnen bilden die Schausammlungen zur Stadtgeschichte und allgemeinen Kulturgeschichte ein reizvolles Wechselverhältnis. In Sonderausstellungen wird dieses Programm ständig aktualisiert mit Themen zur Stadtgeschichte, zum Kunsthandwerk und Design, zur Fotografie und Kunst. Als Service-Ergänzung gibt es ein Restaurant mit Gartenterrasse. Die Mühle in Oberneuland stellt den zweiten Standort des Museums dar. Der Museumskomplex bietet durch die hohe Qualität seiner Architekturen und

die Pflanzenvielfalt seiner Garten- und Parkanlage mit zahlreichen botanischen Besonderheiten einen hohen Anreiz zum ausgedehnten Aufenthalt.

Die Stiftung öffentlichen Rechts, Focke - Museum Bremen, Bremer Landesmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte wurde am 1.1.1999 gegründet. Sie ist wie eine mittlere Kapitalgesellschaft zu führen. Als Stiftungskapital wurde ihr die Betriebsausstattung einschließlich der Ausstellungsausstattung übereignet. Gebäude und Sammlungen verblieben im Eigentum der Stadtgemeinde.

Laut Stiftungsgesetz übernimmt die Stiftung Focke-Museum folgende Aufgaben:

- Pflege und Ergänzung der Sammlungen im Auftrag der Stadtgemeinde
- Forschung in den Sammlungsgebieten
- Erarbeitung und Realisierung von Dauer- und Sonderausstellungen aus den Sammlungsgebieten.

Die Stiftung Focke-Museum ist Zuwendungsempfängerin. Die Stifterin versorgt sie mit auskömmlichen Betriebsmitteln zur Umsetzung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben sowie einem festen Ersatz der Abschreibungen auf das Stiftungsvermögen. Die Frage der Zuständigkeit der Pflege des Parks ist noch nicht geklärt und wird zur Zeit auf senatorischer Ebene verhandelt.

Geschäftsverlauf 2004

Dem Profil des Hauses und des Stiftungszwecks entsprechend wurden, neben der Erhaltung der Dauerausstellungen, Sonderausstellungen und –veranstaltungen durchgeführt:

- Gefundene Vergangenheit, Archäologie
- Architektur in Bremen (3 Ausstellungen)
- AKB für angewandte Kunst
- Verleihung des Auguste Papendieck-Preises
- Lego
- Mühlentag
- Lange Nacht der Museen
- Fockes Fest
- Fockes Pavillon Konzerte
- Diverse Veranstaltungen wie Hausmusiktage

Ferner wurde mit großer Energie die Neueinrichtung von Haus Riensberg betrieben, dessen Eröffnung am 27. Februar 2005 stattfand. Planungen und Beginn der Arbeiten zur Einrichtung eines weiteren Kompaktlagersystems in Magazin I waren ein weiterer Schwerpunkt.



Im Geschäftsjahr 2004 waren keine außergewöhnlichen Sonderausstellungen geplant. Die Besucherzahlen sind von 71.113 auf 58.000 gesunken.

Ausblick

Mit den für die Jahre 2005 bis 2007 geplanten Ausstellungen wird eine wieder steigende Besucherresonanz geplant.

Neben den ständigen Veranstaltungen: Fockes Fest, Fockes Pavillon Konzerte, Lange Nacht der Museen, Deutscher Mühlentag, sind folgende Sonderausstellungen in der Planung oder schon in der Realisierung:

- Eröffnung Haus Riensberg, 2005
- Aus Sturm und Not, 140 Jahre DGzRS, 2005
- Architektur und öffentlicher Raum, 2005
- Herculaneum, 2006
- Freimaurer in Bremen, 2006
- 150 Jahre Norddeutscher Lloyd, 2007

Durch Vorlage eines mittelfristigen Finanz- und Investitionsplans konnte dargelegt werden, dass das Focke-Museum Kompensationen für Teuerungsraten, Gehaltserhöhungen etc. benötigt, um sowohl den laufenden Museumsbetrieb aufrecht halten zu können, als auch weiter in die zeitgemäße Präsentation der Sammlungen und den Ausbau des Archivierungs- und Lagerwesens investieren zu können.

Aufgrund der derzeitigen starken Inanspruchnahme von ABM-Stellen zeichnet sich die Entwicklung am zweiten Arbeitsmarkt mit dem Ersatz durch Ein-Euro-Jobs als bedrohlich für das Museum ab.



Eichenhof

Der Senator für Finanzen

- **Performa Nord**
- **fidatas bremen**





Performa Nord
Landeseigenbetrieb der Freien Hansestadt Bremen

Unternehmensgegenstand:

Personal-, Finanz-, Organisations-, Management- Dienstleistungen

Sitz des Eigenbetriebes:

Schillerstraße 1, 28195 Bremen

Stammkapital:

4.090.335 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land) 100,00%

Geschäftsführer:

Herr Gerhard Godehus-Meyer

Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2004)

Herr Senator Dr. Ulrich Nußbaum (Vorsitz)

Herr Rolf Herderhorst

Herr Jan Köhler

Frau Ingrid Reichert

Herr Dr. Joachim Schuster

Frau Sandra Speckert

Frau Cornelia Wiedemeyer

Herr Harry Brodda

Frau Ina Menzel

Ressort:

Senator für Finanzen

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

	2000	2001	2002	2003	2004
	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

	2000	2001	2002	2003	2004
	227	225	243	237	229

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	5.270	4.942	4.625	4.422	4.356
Umlaufvermögen	1.605	5.310	4.958	6.404	11.655
Sonstige Aktiva	0	0	0	0	0
RAP	0	0	0	0	2
Bilanzsumme	6.875	10.252	9.583	10.826	16.013

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	4.962	4.962	4.962	4.962	4.672
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	1.580	2.800	3.690	5.287	4.902
Verbindlichkeiten	333	2.490	931	573	759
Sonstige Passiva	0	0	0	0	5.680
RAP	0	0	0	4	0
Bilanzsumme	6.875	10.252	9.583	10.826	16.013



Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	15.243	15.388	18.212	16.947	16.123
2 ertragswirksame Zuschüsse	0	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	0	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	0	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	1.238	1.532	1.697	2.408	1.004
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	16.481	16.920	19.909	19.355	17.127
6 Material	0	0	0	0	0
7 bezogene Leistungen	3.323	2.892	5.917	4.239	3.990
8 Personalaufwand	11.930	12.227	12.626	13.641	11.527
9 Abschreibungen	445	489	455	390	260
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	741	1.230	787	961	1.554
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	16.440	16.838	19.785	19.231	17.331
III Betriebsergebnis (I-II)	41	82	124	124	-204
11 Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0
12 Zinsergebnis	-41	-82	-123	-123	-86
IV Finanzergebnis (11+12)	-41	-82	-123	-123	-86
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	1	1	1	1	-290
13 ausserordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0
14 Steuern	1	1	1	1	0
VI Jahresergebnis (V+13-14)	0	0	0	0	-290

Historie

Der Landeseigenbetrieb „Performa Nord“ wurde zum 01. Jan. 2000 unter organisatorischer Einbindung der Landeshauptkasse (LHK) als Dienstleister für Personal, Finanzen, Organisation, Management gegründet. Am 09. Okt. 2000 erfolgte die Eintragung der Performa Nord GmbH ins Handelsregister als Landeseigengesellschaft zum Vertrieb von Beratungsdienstleistungen auf dem Gebiet des Personalwesens, der Finanzen, der Versicherung, der Verwaltung und der Beschaffung außerhalb der bremischen Verwaltung. Geschäftsführer ist Herr Gerhard Godehus-Meyer in Personalunion. Damit war die Möglichkeit geschaffen worden, sich auch über den Bereich der Bremer Kernverwaltung hinaus als Personaldienstleister zu betätigen und zusätzliche Erträge zu erzielen. Die GmbH bedient sich für ihre Arbeiten des Personals des Eigenbetriebes. Ab 01. Jan. 2002 wurden durch Senatsentscheidung die Aufgaben der Stadtvermittlung, der Erstellung des Behördenfernsprechbuchs und der Abrechnung der Fernmeldegebühren auf den Eigenbetrieb Performa Nord übertragen. Im Laufe des Jahres wurde Performa Nord im Rahmen einer Neuregelung des Boten- und Postdienstes auch diese Aufgabe für alle bremischen Dienst-

stellen übertragen. Durch den Abschluss einer Vereinbarung mit der Deutschen Post AG konnte ein höherer Portorabatt für die gesamte Verwaltung erreicht werden. Zum 01. Jan. 2003 erfolgte die Umstellung des kameralen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Freien Hansestadt Bremen (HKR) auf SAP R/3 durch den Senator für Finanzen. In der LHK kamen Entlasterkräfte zur Unterstützung dieser umfassenden Änderung bisheriger Geschäftsprozesse zum Einsatz.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2004

Die Umsatzsituation ist im Wesentlichen dadurch geprägt, dass gemäß § 2 BremPerformaG die Dienststellen des Landes und der Stadtgemeinde Bremen als Abnehmer auftreten. Die Umsatzerlöse belaufen sich auf insgesamt 16.123 Tsd. ; davon entfallen 13.564 Tsd. € auf das traditionelle Geschäft der Performa Nord, für den Boten-/Postdienst ergeben sich 715 Tsd. € für den Bereich der Telefondienste belaufen sich die Erlöse auf 1.119 Tsd. € mit der Performa Nord GmbH stehen 725 Tsd. € Erlöse zu Buch. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen kommen rund 71 % aus dem öffentlichen Sektor.

Das im Berichtsjahr erwirtschaftete Ergebnis i.H.v. -290 Tsd. € stellt gegenüber dem Planwert lt. Wirtschaftsplan für dieses Jahr von -900 Tsd. € eine Verbesserung von 610 Tsd. € dar. Im Gegensatz zu den Vorjahren besteht für das Jahr 2004 keine Zusage zur Übernahme eines möglichen Verlustes.

Künftige Entwicklung

Der im Haushaltsjahr 2003 begonnene Prozess der Dezentralisierung der zentral veranschlagten Haushaltsmittel wird auch noch ins Jahr 2005 hineinreichen.

Performa Nord hat durch diese Entwicklung nun viele verschiedene Abnehmer, die für die vom Eigenbetrieb erbrachten Dienstleistungen jeweils einzeln aus ihrem selbstverwalteten Budget zahlen. Aus diesem Grund – und mit Blick auf die dauerhafte Zufriedenheit der Kunden Performa Nord – wird derzeit in einem konsensualen Prozess mit den Vertretern der Kernverwaltung unter Berücksichtigung von Vorgaben des Rechnungshofs die Gestaltung der Rechnungsstellung mit dem Ziel, ausreichende Information bei möglichst geringem Aufwand, fortentwickelt.

Zugleich wird gemäß den Beschlüssen des Koalitionsausschusses die Rückführung der LHK in die Ämterstruktur unter Einbeziehung der Aufgaben der Gerichtszahlstellen und der Finanzkassen geprüft.

Insgesamt bleibt Performa Nord wegen des extrem hohen Umsatzanteils des öffentlichen Dienstes (über 70 %) von der gesamtbremischen Personal- und Finanzpolitik als maßgeblicher Steuerungsgröße für die Abnahmemenge abhängig, wobei die Zahlungsfähigkeit dieser Kunden von den ihnen im Rahmen der Haushalte zur Verfügung gestellten Budgets bestimmt wird.

Über die Umsätze mit der Performa Nord GmbH, für die der Eigenbetrieb Dienstleistungen erbringt und berechnet, soll die Abhängigkeit von der Mittelausstattung der bremischen öffentlichen Verwaltung langfristig reduziert werden. Tendenziell hat die Performa Nord GmbH bereits jetzt dazu einen beachtenswerten Beitrag geleistet, denn die Gesellschaft konnte im Jahr 2004 ihre Umsätze



gegenüber 2001 von 252 T€ immerhin auf 801 T€ steigern. Aufgrund der nachhaltigen Vertriebsaktivitäten der GmbH wird auch für das Jahr 2005 mit einer positiven Entwicklung gerechnet.

Der bremische Senat ist durch Koalitionsbeschlüsse gehalten, Gespräche mit anderen Bundesländern, insbesondere Niedersachsen über Kooperationsmöglichkeiten in den Bereichen Bezügeabrechnung und Personalbetreuung zu führen. Welche Auswirkungen diese Gespräche haben werden, kann derzeit noch nicht beurteilt werden.

Risiken, die den Fortbestand des Eigenbetriebs insgesamt gefährden, sind nach derzeitiger Sicht nicht erkennbar.





fidatas bremen
Eigenbetrieb des Landes Bremen

Unternehmensgegenstand:

IT-Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung.
Im Geschäftsbereich Technikunterstütze Informationsverarbeitung deckt fidatas bremen, als Generalunternehmer für die bremische Steuerverwaltung, mit seinen Mitarbeitern in den Bereichen

- IT-Consulting und IT-Management
- Softwareentwicklung
- Service und Produktion

den gesamten Plan-Build-Run-Zyklus für seine Kunden ab.
Für die Justiz im Land Bremen ist fidatas bremen seit 1. Januar 2004 der IT-Produktionsbetreiber für alle zentralen und lokalen IT-Systeme.
Der Geschäftsbereich Datenschutz und Datensicherheit ergänzt das Leistungsangebot mit einer aufsichtführenden Stelle im zentralen Rechenzentrumsbetrieb für die bremische Verwaltung.
Ein weiterer Leistungsschwerpunkte liegt in der Unterstützung der öffentlichen Verwaltung bei der Wahrnehmung ihrer Auftraggeberfunktion bei IT-Ausschreibungen mit der Erstellung von Bedarfs- und Marktanalysen, Pflichtenheften und der Vorbereitung der Vergabeunterlagen.
Mit seinen IT-Fahndung-Services unterstützt fidatas bremen auch überregional hoheitliche Fahndungsstellen bei der Sicherung und Analyse elektronischer Beweismittel.

Sitz des Eigenbetriebes:

Rudolf-Hilferding-Platz 1, 28195 Bremen
Achterstraße 30, 28359 Bremen

Stammkapital:

5.000.000 €

Anteilseigner / Anteile %:

Freie Hansestadt Bremen (Land) 100%

Geschäftsführer:

Herr Gert Hofer



Betriebsausschuss:

(Stand 31.12.2004)

Herr Senator Dr. Ulrich Nußbaum (Vorsitz)
 Frau Birgit Busch
 Herr Andreas Kottisch
 Herr Peter Lehmann
 Herr Rolf Herderhorst
 Frau Sandra Speckert
 Herr Frank Schildt
 Herr Oliver Goldbeck

Ressort:

Senator für Finanzen

**Zuschüsse aus dem Haushalt:
(ohne Investitionen)**

2000	2001	2002	2003	2004
-	0 €	0 €	0 €	0 €

Beschäftigte (Volumen):

-	92	91	95	99
---	----	----	----	----

Bilanzdaten in T€

Aktiva	2000	2001	2002	2003	2004
Anlagevermögen	-	9.067	9.147	9.332	11.513
Umlaufvermögen	-	8.119	7.257	6.537	3.854
Sonstige Aktiva	-	0	0	0	0
RAP	-	0	0	0	0
Bilanzsumme	-	17.186	16.404	15.869	15.367

Passiva	2000	2001	2002	2003	2004
Eigenkapital	-	13.104	12.889	11.835	10.616
Sonderposten	-	0	0	0	0
Rückstellungen	-	1.769	1.570	1.614	1.621
Verbindlichkeiten	-	2.313	1.945	2.420	3.130
Sonstige Passiva	-	0	0	0	0
RAP	-	0	0	0	0
Bilanzsumme	-	17.186	16.404	15.869	15.367

Ertragslage im Jahresvergleich in T€

	2000	2001	2002	2003	2004
1 Umsatzerlöse	-	10.821	11.231	10.969	12.889
2 ertragswirksame Zuschüsse	-	0	0	0	0
3 Entgelte aufgrund Geschäftsbesorgungsverträgen	-	0	0	0	0
4 Bestandsveränderung u. and. Eigenleistungen	-	0	0	0	0
5 sonstige betriebliche Erträge	-	390	345	101	334
I Gesamtleistung (1+2+3+4+5)	-	11.211	11.576	11.070	13.223
6 Material	-	95	74	179	136
7 bezogene Leistungen	-	4.159	4.563	4.844	5.326
8 Personalaufwand	-	5.215	5.079	5.167	5.395
9 Abschreibungen	-	1.032	1.322	1.171	2.386
10 sonstiger betrieblicher Aufwand	-	806	790	759	1.071
II Betriebsaufwand (6+7+8+9+10)	-	11.308	11.828	12.120	14.314
III Betriebsergebnis (I-II)	-	-97	-252	-1.050	-1.091
11 Beteiligungsergebnis	-	0	6	29	10
12 Zinsergebnis	-	-36	32	-30	-136
IV Finanzergebnis (11+12)	-	-36	38	-1	-126
V Ergebnis gewöhnl. Geschäftstätigkeit (III+IV)	-	-133	-214	-1.051	-1.217
13 ausserordentliches Ergebnis	-	0	0	0	0
14 Steuern	-	2	2	3	2
VI Jahresergebnis (V+13-14)	-	-134	-216	-1.054	-1.219

Historie

Der Eigenbetrieb wurde zum 01. Jan. 2001 als Landesbetrieb gegründet. Die Aufgaben des Eigenbetriebs sind aus der Automationsgruppe St3 der Oberfinanzdirektion Bremen und den verbliebenen Aufgaben der „Aufsichtführenden Stelle“, die administrativen Dienste (Finanzbuchhaltung, Einkauf und Personalverwaltung) und die Verwaltung / Betreuung des Gebäudes Achterstraße 30 hervorgegangen. Die Aufgaben der Automationsgruppe St3 werden im Wesentlichen im Geschäftsbereich Technikunterstützte Informationsverarbeitung und die restlichen Aufgaben im Geschäftsbereich Datensicherheit und Datenschutz wahrgenommen.



Geschäftsverlauf 2004 und Ausblick im Geschäftsbereich

Technikunterstützte Informationsverarbeitung

Das im Jahre 2003 begonnene Projekt zur Übernahme des Geschäftsbereiches Organisation und Technik des Landeseigenbetriebs JUDIT konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Die Rahmenvereinbarung zwischen Senator für Justiz und Verfassung, dem Senator für Finanzen und dem Landeseigenbetrieb wurde am 13.07.2004 unterzeichnet. Die mit diesem Projekt einhergehende Optimierung der Geschäftsprozesse wurde fortgeführt. Die bestehenden Geschäftsprozesse wurden weitgehend auf Geschäftsprozesse nach den Grundsätzen des ITIL-Standards (IT Infrastructure Library) migriert.

Das Stadtamt Bremen wurde im laufenden Wirtschaftsjahr als neuer Kunde gewonnen. Ein neues Kfz-Zulassungsverfahren wurde beschafft, implementiert und Mitte Dezember 2004 in Verantwortung der fidatas bremen in Betrieb genommen. Für die Justizverwaltung stand die Standardisierung der Arbeitsplatzausstattung, für die Steuerverwaltung die Umstellung der Arbeitsplätze auf Windows 2000 und die Vereinheitlichung der steuerlichen IT-Verfahren im Mittelpunkt.

Die fünf norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben ein gemeinsames Projekt mit dem Ziel aufgesetzt, die Zu-



sammenarbeit ihrer Steuerverwaltungen zu verstärken. Die Vereinheitlichung der steuerlichen IT-Verfahren mit dem Zwischenschritt der Übernahme der Verfahren des EOSS-Verbundes soll bis zum 31.12.2006 verwirklicht werden. Der Landeseigenbetrieb wird wesentlich an der erfolgreichen Umsetzung dieses Ziels mitwirken.

Die Umsatzerlöse dieses Geschäftsbereichs wurden in diesem Geschäftsjahr weit überwiegend mit den bremischen Finanzämtern und der Justizverwaltung für die

- Bereitstellung von Hardwaresystemen, Basis Softwaresysteme und Informativ Systemlösungen
- Produktion und Betrieb Systemlösungen und der
- Entwicklung und Pflege Systemlösungen

erzielt. Die Leistungserbringung mit den Finanzämtern basiert auf der am 25.11.2004 mit dem Senator für Finanzen abgeschlossenen Vereinbarung. Die Leistungserbringung erfolgt im Bereich der Rechenzentrumsproduktion von der ID Bremen GmbH als Unterauftragnehmer.

Der Geschäftsverlauf konnte grundsätzlich das prognostizierte Ergebnis des Wirtschaftsplans erreichen. Die im Wirtschaftsjahr 2004 erwirtschafteten Verluste basieren auf einer vom Geschäftsverlauf unabhängigen Rabattierung der Leistungsentgelte für die Finanzämter.

Geschäftsverlauf 2004 und Ausblick im Geschäftsbereich

Datensicherheit und Datenschutz

Dieser Geschäftsbereich hat seine Umsatzerlöse durch die Vermietung des Gebäudes Achterstraße 30 und die Erbringung von Dienstleistungen erwirtschaftet. Mieter des Gebäudes und der Dienstleistungen war im Berichtszeitraum im Wesentlichen die ID Bremen GmbH.

Die Nutzung des Hauses in der Achterstrasse 30 erfordert grundsätzlich eine ständige Anpassung der technischen Ausstattung an die Erfordernisse eines Rechenzentrumsbetriebs. Im Geschäftsjahr wurde gemeinsam mit dem Mieter des Gebäudes die zukünftigen Investitionsbedarfe ermittelt. Eine Finanzierung dieser Bedarfe konnte aber nicht sicher gestellt werden. Gemeinsam wurde über alternative Nutzungsmöglichkeiten nachgedacht. Im ersten Quartal 2005 wurden diese Überlegungen dahingehend abgeschlossen, dass eine zukünftige Nutzung als Rechenzentrum wirtschaftlich sinnvoll nicht gestaltet werden kann.

	Stichwort	Seite
-	Allgemeines	6
-	Bremer Entsorgungsbetriebe	26
-	Bremer Volkshochschule	54
-	Eigenbetriebe	6
-	fidatas	80
-	Focke - Museum	69
-	Gebäude- und TechnikManagement Bremen (GTM)	41
-	GeoInformation	36
-	Justiz - Dienstleistungen	46
-	Museumsstiftungen	7
-	Musikschule Bremen	59
-	Neugründungen	7
-	Organigramm	8
-	Performa Nord	75
-	Stadtbibliothek Bremen	49
-	Stadtgrün Bremen	31
-	Übersee - Museum	64
-	Übersicht Personalstärke	10
-	Übersicht Zuschüsse aus dem Haushalt	10
-	Veräußerungen	7
-	Vorwort	5
-	Werkstatt Bremen	18